

8/1993

# STIMME

VON UND FÜR MINDERHEITEN

Foto: Christoff Geissel

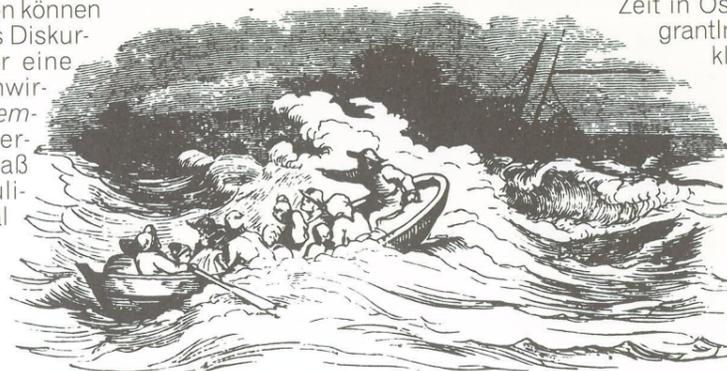
Minderheiten und die  
europäische Integration

**Ein Garten Eden  
auf Erden?**

ZEITSCHRIFT DER INITIATIVE MINDERHEITENJAHR

Auch wenn die unter Zugzwang geführte Einweg-Diskussion über die Vereinigung Europas sich um die vordergründige Achse der Wirtschaftsfragen anzusiedeln scheint, wird die Relevanz eines anderen, ebenso zentralen Themas allmählich manifest: die **"Minderheitenfrage"**. Vor allem ist der Europarat bemüht, im Zeichen der Integration ehemaliger Ostblockstaaten und einer Angleichung der Minderheitenpolitiken einzelner Mitgliedsstaaten allgemeingültige Richtlinien zum Thema Minderheitenschutz auszuarbeiten. Daß ein solches Unterfangen von vornherein seitens mancher – auch *"westlicher"* – Staaten auf Widerstand stößt, ist angesichts der dürftigen Lage der europaweiten Minderheitenpolitik nur *"konsequent"*. Nur wenige können sich mit dem bereits aufgeworfenen Vorschlag anfreunden, den Minderheitenschutz – durch ein Zusatzprotokoll zur Menschenrechtskonvention (siehe Interview mit **Dr. Leuprecht** in diesem Heft) – als Menschenrecht zu begreifen.

Doch für die Minderheiten selbst kann ein fatalistisches Warten auf den Ausgang des Einigungsprozesses bestimmt nicht die besten Voraussetzungen für eine friedliche Zukunft garantieren. Die Suche Europas nach einer neuen, einzelne Personen umfassenden *"Identität"*, die aufgrund der bevorstehenden Auflösung der nationalen Identitäten früher oder später aktuell wird, könnte – ähnlich der jetzigen Lage der MigrantInnen in Europa – den Minderheiten eine *"Opferrolle"* beschere. Anders gesagt: Minderheiten können zum Objekt eines Diskurses werden, der eine ähnliche Breitenwirkung wie die *"Fremdendiskussion"* erreichen kann. Daß in solchen populistisch und medial geführten Diskussionen mit dem Charak-



Hakan Gürses

ter einer *"Problematisierung"* immer diejenigen die Verlierer sind, welche *"problematisiert"* werden, liegt auf der Hand.

Daher erscheint es notwendig, eine von den Minderheiten selbst ergriffene, auf der juristischen wie der politisch-medialen Ebene selbst durchgeführte *Politik der Minderheiten* ins Leben zu rufen. Diese kann nur durch die Selbstvernetzung verschiedener Minderheiten und durch eine minoritäre Allianz zwischen ihnen möglich sein. Der Themenschwerpunkt in diesem Heft ist ein Versuch, eine breite Plattform für die Politik der Minderheiten anzuregen.

Einen wirksameren und längerfristigen Versuch auf diesem Weg will die Initiative Minderheitenjahr mit der Ausrufung des Minderheitenjahres 1994 unternehmen. Daher wollen wir das nächste Heft der **STIMME** dem Thema **"Minderheitenjahr 1994"** widmen und warten auf Ideen, Anregungen und Beiträge unserer LeserInnen.

Über das neue Aufenthaltsgesetz zu sprechen, fällt mir nicht nur wegen der – schon wieder – unter Ausschluß der Betroffenen geführten Sommer(loch)-Diskussion schwer, sondern auch deswegen, weil mein Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung gerade bei zuständiger Stelle auf seine Bearbeitung wartet. Ich kenne keine Worte, die das Gefühl der Unsicherheit um die eigene Zukunft beschreiben könnten. Die – schon seit einiger Zeit in Österreich lebende MigrantInnen betreffende – Unklarheit, die das Gesetz mit sich brachte, macht es mir – so wie vielen anderen – nach so vielen Jahren schwer, mich in diesem Land heimisch zu fühlen.

## Ressorts

**STIMME von und für Minderheiten:** Vierteljährliches Blatt der Initiative Minderheitenjahr; **Leitender Redakteur:** Hakan Gürses; **Redaktion:** Elisabeth Feuerstein, Gerhard Hettfleisch, Hikmet Kayahan, Gerald Nitsch, Hans-Peter Schatz, Franjo Schruiff, Mirko Wakounig, Şerafettin Yıldız; **Mitarbeit:** Anna Rakoš; **Grafische Gestaltung:** schultz & schultz; **Fotoredaktion:** Mehmet Emir; **Coverfoto:** Christoff Geissel, herzlichen Dank! **Zeichnungen:** Andreas Ohrenschild, Hakan Gürses; **Redaktionsadresse:** Gumpendorfer Str. 15/13, A-1060 Wien, Tel. (0222) 586 12 49-12; Klostersg. 6, A-6020 Innsbruck, Tel. (0512) 586 7 83; **Belichtung & Druck:** LithoPrint Dolezal, 1100 Wien. Für ihre finanzielle Unterstützung danken wir: Kulturbt. d. Stadt Wien, Land Tirol, Land Burgenland, Grüne Bildungswerkstatt, ÖH-Graz, Wiener Integrationsfonds.



## MINDERHEITEN IN DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

In seinem einführenden Beitrag berichtet **Franjo Schruiff** von der Geschichte der minderheitenschützenden Maßnahmen und stellt die Frage, inwieweit die Menschenrechte mit Gruppenrechten zu vereinbaren sind. Um diese und andere Fragen über die Zukunft der Minderheiten in der Europäischen Union bewegt sich das Gespräch mit **Peter Leuprecht**, dem Vizeregensekretär des Europarats. Dieses Exklusiv-Interview gab uns Dr. Leuprecht vor dem Gipfeltreffen des Europarates in Wien, wo u.E. die Notwendigkeit seiner Forderungen ebenso deutlich wurden wie seine Befürchtungen.

Der Artikel des Schweizer Minderheitenexperten und BRESCH-Redakteurs **Josef Lang** setzt sich mit der global-europäischen Frage *"Europa als Chance oder Gefahr für Minderheiten?"* auseinander und entwirft eine Charta zu Minderheitenrechten, während **Elisabeth Feuerstein** derselben Frage vom humanistischen Ansatz der Bahá'í aus nachgeht.

**Groll & Tritt** läßt **Erwin Riess** diesmal *"prosaisch"* dialogisieren – an der blauen Donau, angesichts der vorbeifahrenden Schiffe, plaudern sie über Europa und die Neutralität.

## GASTSTIMME

Ausgehend von seinen tagtäglichen Erfahrungen, befaßt sich **Dr. Haydar Sari**, stellvertretender Geschäftsführer des **Wiener Integrationsfonds**, mit den Folgen des neuen Aufenthaltsgesetzes.

## STIMMEN

Dasselbe Gesetz scheint auch der Horrorfiction von **Hikmet Kayahan** als Inspirationsquelle gedient zu haben – eine Erzählung über die immerwährende *"Andersartigkeit"* unserer Hauptstadt. **Gabriele Müller-Klompfers** einfühlsames Porträt der vor kurzem verstorbenen Romni **Paula Sarközi** ist der erste Beitrag der Autorin für die **STIMME**, dem weitere folgen werden. **Kurt Höretzeder** entwirft in seiner Replik auf das Thema des letzten Heftes (*Sprache und Minderheiten*) einen außergewöhnlichen Ansatz. Der Essay von **Manfred Häupl** führt einen Querschnitt aus dem Alltag des Schwulseins vor Augen: küssen oder nicht küssen?

## KULTUREN KÜNDE

Wir stellen das Wiener **Interkult Theater**, eine Ausstellung von **Karl Stojka** in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, eine **Zeitschrift von und für Kinder** vor und berichten vom **Fest der Völker** und von der Präsentation des Buches *"Fremdes Wien"* von **Lisl Ponger**.

<b>Minderheiten im Recht?</b> F. Schruiff.....	4
<b>Volksrecht vor Staatsraison</b> J. Lang .....	6
<b>"Vielfalt ist kein Handikap"</b> Interview mit P. Leuprecht .....	8
<b>Gedanken über ein Zusammenleben der Völker in Europa</b> E. Feuerstein .....	11
<b>Groll zeigt Flagge</b> E. Riess .....	12
<b>Ein desintegrierendes Gesetz</b> H. Sari .....	15
<b>Wien ist anders!</b> H. Kayahan .....	16
<b>Mörtelkübel und Walderdbeeren</b> G. Müller-Klompfar.....	18
<b>Die Sprache ist in der Minderheit</b> K. Höretzeder .....	20
<b>Schwulsein im Alltag</b> M. Häupl .....	22
<b>Ein Haus der Kulturen</b> Das Interkult Theater.....	23
<b>Plapperkiste .....</b>	24
<b>Schreibwettbewerb.....</b>	24
<b>Stojka-Ausstellung</b> E. Thurner .....	25
<b>Weltreise in der Metropole ..</b>	26
<b>Ein Fest der Völker</b> A Rakoš .....	27
<b>Sage Nein!</b> U. Hemetek.....	28
<b>Bridges Instead Of Walls</b> D. Çınar .....	29
<b>Termine .....</b>	30
<b>Neues von der Initiative Minderheitenjahr .....</b>	31

## IM RECHT?

von Franjo  
Schruff

Texte, sondern lediglich Produkte eines multilateralen politischen Konsenses.

"Letztlich wird jede vernünftige Minderheitenpolitik versuchen müssen, Unvereinbarkeiten so weit abzutragen, daß ein rational nicht auflösbarer Restbestand von einem Geist der Toleranz aufgefangen wird und auf diese Weise zu verkraften ist."  
(Paul Widmer, 1993)

Europäische Gemeinschaft, Europarat, Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Vereinte Nationen, Zentraleuropäische Initiative. Diese und andere internationale Initiativen und Organisationen haben sich in letzter Zeit verstärkt der Fragen des Minderheitenschutzes gewidmet. Und dabei oft zu spät reagiert. Nationalitätenkonflikte in Südosteuropa, im Baltikum, aber auch verstärkte Autonomie- und Sezessionsbewegung in Westeuropa, insbesondere der Schotten in Großbritannien, der Basken und Katalanen in Spanien sowie der Korsen und Bretonen in Frankreich, zeigen deutlich, wieviel an unberechenbarem Konfliktpotential in der Frage der Minderheiten und des Minderheitenschutzes steckt.

Während Minderheitenansprüche in Westeuropa bisher zum Teil mit Mitteln des Rechtsstaates oder aber auch mit terroristischen Aktivitäten geltend gemacht werden, haben sie in Osteuropa nach dem Aufbrechen der kommunistischen Herrschaft zur Eskalation, militärischen Konflikten und (Bürger-)Kriegen geführt.

Bekannt sind diese Konfliktpotentiale bereits seit lan-

gem. Der Völkerbund als Vorläufer der Vereinten Nationen war in der Zwischenkriegszeit nicht zuletzt auch an der Minderheitenfrage gescheitert. Minderheitenprobleme waren damals in erster Linie Probleme, die durch neue Grenzziehungen (vor allem nach dem Zerfall der Habsburgermonarchie in Zentraleuropa) entstanden sind. Um die Folgen dieser Grenzziehung aufzufangen, zu mildern, sollten von ihren Mütterationen abgeschnittenen Minderheiten entsprechende Gruppenrechte garantiert werden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg leistete dann der 1949 gegründete Europarat Pionierarbeit im Bereich des Minderheitenschutzes. Bereits die Europäische Menschenrechtskonvention des Europarats von 1950 garantiert ausdrücklich auch allen Minderheitenangehörigen den Genuß (nur) der in der Konvention festgelegten Rechte. Minderheitenangehörige werden vor Diskriminierungen im Zusammenhang mit den durch die Konvention garantierten Rechten geschützt.

Hier stoßen wir bereits auf eine der entscheidenden Fragen des Minderheiten-

schutzes. Sollen "Minderheiten" als solche oder bloß "Angehörige von Minderheiten" geschützt werden, also gewisse Rechte genießen? Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die sich seit ihrem Bestehen vor allem Dank der intensiven Bemühungen Jugoslawiens (sic!) sehr viel mit Minderheitenschutz befaßt hat, spricht in den Schlußakten von Helsinki (1975) von Rechten von "Personen, die Minderheiten angehören". Gruppenrechte waren den Staaten immer zu brisant. Einzig in einer politisch äußerst günstigen "Großwetterlage" im Jahre 1990 in Kopenhagen wagte man sich an Gruppenrechte heran. Im Rahmen eines umfangreichen Katalogs von Verpflichtungen, der ansatzweise auch zwei Gruppenrechte enthielt, wurde unter anderem festgelegt: die Verpflichtung des Staates, die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität nationaler Minderheiten (also Gruppen) zu erhalten und solche Bedingungen zu schaffen, welche die Identität von Minderheiten fördern helfen.

Von diesen weitgehenden Schritten ist inzwischen nach dem Zerfall Jugoslawiens, den Nationalitätenkonflikten im Bereich der ehemaligen Sowjetunion, aber auch in Zentraleuropa nicht mehr die Rede. Darüber hinaus sind die KSZE-Dokumente trotz aller bahnbrechenden Errungenschaften in der Frage der Nationalitätenkonflikte, der politischen Prävention durch Beobachter- und Berichterstattemissionen sowie der "vertrauensbildenden Maßnahmen" keine rechtlich verbindlichen

Um Minderheitenschutzbestimmungen eine rechtliche Absicherung zu garantieren, wird seit Anfang der sechziger Jahre eine Einbindung der Minderheitenrechte in das Rechtssystem der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) diskutiert. Die beratende Versammlung des Europarates hatte schon 1961 empfohlen, einen Minderheitenschutzartikel in ein Zusatzprotokoll zur Menschenrechtskonvention einzubauen. Bei dieser Empfehlung ist es allerdings bis heute geblieben. Der unbestrittene Vorteil einer Lösung durch ein Zusatzprotokoll zur EMRK wäre, daß staatliche Verstöße gegen die Minderheitenrechte wie bisher nur als Verletzungen der Menschenrechte vor dem Europäischen Gerichtshof behandelt werden könnten. Minderheitenangehörige hätten durch ein Zusatzprotokoll auch einklagbare Rechte.

Österreich vertritt diese Idee eines Zusatzprotokolls, aber einflußreiche Europaratsmitglieder wie Frankreich und Großbritannien stellen sich dagegen. Aber selbst bei Befürwortern eines Zusatzprotokolls herrscht Uneinigkeit über die genaue Definition einer Minderheit. Wer soll Minderheitenrechte erhalten? Autochthone Minderheiten (Wie "alt" sollten sie dann mindestens sein?), neue Minderheiten, Migrantengruppen, religiöse Minderheiten? Darf der Staat bestimmen, welche Minderheiten er anerkennt und welche Gruppen er ganz einfach ignoriert? Solange das Prinzip der "Schutzmächtigkeit" gilt, könnten dann auch einige Staaten wie zum Beispiel Ungarn mit "seinen" zahlreichen

Minderheiten in den Nachbarstaaten versuchen, Minderheitenschutzbestimmungen politisch zu instrumentalisieren.

Minderheiten werden in solchen Situationen oft zu einem Objekt in internationalen Konflikten und werden als diplomatische Verhandlungsmasse gesehen. Wenn auch einige Minderheiten von einer starken "Schutzmacht" profitieren konnten, so stellt sich doch die Parteinahme eines "fremden" Staates für Bürger des eigenen Staates als desintegrierendes Faktum dar. Welches Signal ginge von Verhandlungen Wiens mit Prag über die Zukunft der tschechischen Volksgruppe in Wien aus? Wie würde sich die österreichische Bundesregierung gegenüber den Österreichern der tschechischen Volksgruppe verhalten, wenn es auf die Meinung Prags ankommt? Oder anders gesagt: Wie kommen die Tschechen in Wien dazu, daß eine von ihnen nicht gewählte "fremde" Regierung mit der von ihnen tatsächlich gewählten österreichischen Regierung über ihr eigenes Schicksal verhandelt, wobei logischerweise der eigenen Regierung die Position des "Bremsers" und "Verhinderers" zukommen muß? Es sieht aus, als ob die Zeit der Schutzmächtigkeit, die sicher nach den Gebietsrochaden im Zuge der Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg ihre Berechtigung hatte, inzwischen multilateralen Minderheitenschutzbestimmungen weichen sollte.

Der Europarat ist hier bisher am weitesten vorgestoßen. Im November 1992 wurde nach langen Verhandlungen eine "Europäische Charta der regionalen oder Minderheitensprachen" verabschiedet. Österreich hat

die Charta zwar sofort unterzeichnet, aber bisher noch nicht ratifiziert. Die Charta umfaßt den Schutz und die Förderung von Minderheitensprachen in Schulen, Verwaltung, vor Gericht und in den Medien. Wie schwer sich manche Staaten tun, die bloße Existenz von Minderheiten in ihrem Staatsgebiet anzuerkennen, zeigt die Tatsache, daß die Charta im Titel auch auf "regionale" Sprachen abzielt, in der Charta selbst allerdings der Schutz explizit auf Minderheitensprachen eingeschränkt ist. Es geht also nicht um regionale Dialekte, wie man meinen könnte. Und das beruhigt zum Beispiel die Türkei, die die Kurden als "Bergtürken" mit regionalem Dialekt sieht, aber auch zum Beispiel Italien, das die 500.000 Friulaner als "Sprachkolonie", keineswegs aber als Minderheit betrachtet. Damit gibt es für diese Gruppen keine Rechte aus der Charta, und für die Staaten keine Sorgen.

Darüber hinaus hat die Charta auch einige inhaltliche Schwächen. Jeder Staat kann selbst bestimmen, für welche seiner Minderheiten die Charta gelten solle. Dann genügt es, wenn der Staat eine bestimmte Anzahl von Bestimmungen aus dem Gesamtpaket anzuwenden bereit ist. Die Auswahl der Punkte bleibt auch hier dem Staat, einklagbare Rechte sind nicht vorgesehen. Die Arbeiten der Vereinten Nationen haben im Vergleich zu den europäischen Fortschritten im Gebiet des Minderheitenschutzes nur geringe Bedeutung. Nach einer langen Diskussionsphase von 1971 bis 1992 konnte die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Deklaration zum Minderheitenschutz auf universaler Ebene verabschieden. Was aber weltweit gesehen ein Schritt

von eminenter Bedeutung ist, bleibt doch weit hinter den europäischen Perspektiven. Eigentlich wäre es logisch, die Minderheitenrechte an die allgemeinen Menschenrechte anzulehnen. Minderheitenrechte sind Menschenrechte. Aber sobald man Minderheitenrechte als Gruppenrechte auszulegen beginnt, kommt es zu Problemen mit den Grundprinzipien der Menschenrechte. Menschenrechte sind Rechte der Menschen, aller Menschen. Minderheitenrechte dagegen beziehen sich nur auf Gruppen von Menschen, obwohl die Einzelpersonen Rechtsträger bleiben. Wenn man nun versucht, Volksgruppenrechte als Gruppenrechte festzuschreiben, werden innerhalb einer Gesellschaft Gruppen mit unterschiedlichen Rechtstiteln geschaffen.

Die "Hochkonjunktur" der nationalen Bestrebungen in Europa hatte in letzter Zeit auch vermehrte Bestrebungen der Minderheiten selbst mit sich gebracht, Gruppenrechte festzuschreiben. Hier treten aber bedeutende Schwierigkeiten auf. Wer ist die Gruppe, wer nimmt für sie die Rechte wahr? Für die Bedingungen in Österreich haben wahrscheinlich Gruppenrechte wie Autonomie und Selbstverwaltung kaum praktische Sinnhaftigkeit.

Die europäische Integration wird über kurz oder lang

nicht ohne eine verstärkte Berücksichtigung der verschiedenen Sprachen, Kulturen und Religionen auskommen. Davon werden zweifelsohne auch die kleinen und Kleinstsprachen und die Minderheitenkulturen profitieren können. Der Europarat geht auch hier mit verschiedenen Projekten zur Förderung der Multikulturalität mutig voran. Aber alleine mit sprachlichen und kulturellen Rechten für Minderheitenangehörige wird es nicht getan sein. Vor allem am Beispiel Österreich ist klar ersichtlich, daß ein EG-Beitritt des Landes deutlich auf Kosten der Minderheiten gehen würde. Vor allem die Kroaten und Ungarn des Burgenlandes und die Kärntner und steirischen Slowenen würden zuallererst aus ökonomischen Gründen nur geringe Chancen auf eine zufriedenstellende Entwicklung haben. Die besten Minderheitenrechte können die zweisprachigen Gemeinden bei anhaltender und wahrscheinlich noch verstärkter Abwanderung in die Zentren nicht größer machen. Sollte das Burgenland als peripherste Region der EG tatsächlich in manchen Gebieten bis zu 50% seiner Einwohner verlieren, dann wird das vor allem die Volksgruppen treffen. Mit oder ohne Konventionen und Schutzbestimmungen.

Franjo Schruff



# VOLKSRECHT VOR STAATSRAISON

von Josef  
Lang

Daß eine Europäische Union nur als föderalistische denkbar ist, ist heute kaum bestritten. Wenn es aber um die Kompetenzenverteilung, die Grund-Einheiten der angestrebten Föderation und die internen Folgen für die mehrheitlich zentralistischen Nationalstaaten geht, ist das meiste noch offen.

In einem wichtigen Beitrag mit dem Titel **"Aufstand der Regionen"** hat **Fritz René Allemann** Ende der 70er Jahre darauf aufmerksam gemacht, daß die "europäische Integration ... keineswegs als theoretischer Widerspruch zum Autonomieverlangen kleinerer Gemeinschaften und zum wachsenden Bewußtsein ihrer Identität erscheint: 'Die beiden Tendenzen konvergieren insofern, als sie von verschiedenen Seiten her den Anspruch des Nationalstaates, als alleiniger oder doch allein maßgebender Bezugspunkt politisches Handeln zu erscheinen, in Frage stellen.'" (in: Regierbarkeit, Stuttgart 1979)

## Europa als Chance

Die Nationalstaaten, die hier am empfindlichsten reagieren, sind der französische und der britische. Beide sind hochzentralisiert und beherrschen bedeutende Minderheiten. Der Gaullist **Georges Pompidou** wettete am 25. Januar 1974: "Der Ausdruck 'Europa der Regionen' verletzt mich nicht nur, er sagt mir auch, daß jene, die ihn anwenden, einen Rückschritt vollziehen. Das Europa der Regionen hat es schon mal gegeben, im Mittelalter und im

Feudalismus". Indem er auf den Sack "Europa der Regionen" schlug, wollte er den Esel "Frankreich der Regionen" treffen. Ganz ähnlich hatte sich genau 180 Jahre vor Pompidou das Konventsmitglied **Barrere** vor dem Wohlfahrtsausschuß ausgedrückt: "Föderalismus und Aberglaube sprechen bretonisch, die Emigration und der Haß auf die Republik deutsch, die Gegenrevolution italienisch und der Fanatismus korsisch." Ihre Sprache machte die anfänglich von der Revolution begeisterten Elsässer verdächtig.

Heute hoffen die **ElsässerInnen** auf Europa. Weil es aber laut Artikel 2 der Verfassung von 1958 in Frankreich keine minorités gibt, bleiben all die Minderheiten betreffenden Forderungen von UNO, UNESCO, EG-Parlament, KSZE und Europarat wirkungslos. Auch die **BretonInnen**, welche die letzte keltische Sprache auf dem Kontinent sprechen, suchen Zuflucht beim Europäischen Parlament. Dieses hat vor einem Jahr in seiner Entscheidung zur Unionsbürgerschaft festgehalten: "Sie (Union und Mitgliedsstaaten) ergreifen die zur Erhaltung und freien Entfaltung ihrer sprachlichen und kulturellen

Minderheiten notwendigen Maßnahmen." Leider hat Paris nicht nur in Frankreich, sondern auch in der Europäischen Gemeinschaft mehr zu sagen als Straßburg. Le pays basque, dessen Sprache vom Staat aktiv verdrängt wird und dem Mittelrand entgegen seinem Wahlversprechen ein eigenes département verweigert, erhofft sich eine Relativierung der trennenden Grenze und eine Intensivierung der nachbarschaftlichen Beziehungen mit dem *pais vasco* dank dem KSZE-Postulat: "Angehörige nationaler Minderheiten haben das Recht ... Kontakte über die Grenzen hinweg mit Bürgern anderer Länder herzustellen und zu pflegen, mit denen sie eine gemeinsame ethnische oder kulturelle Herkunft ... teilen."

(KSZE Kopenhagen 1990 Art 32.4.)

Die bis heute erfolgreichste "Nation ohne Staat" war die katalanische, deren Sprache am 11. September 1990 nach einer massiven Kampagne unter dem Slogan "Katalanisch - eine europäische Sprache" in einer Resolution vom Europäischen Parlament anerkannt wurde. Auch wenn die praktischen Folgen dieser Erklärung vorläufig sehr gering sind, wurde das Monopol der offiziellen Staatssprachen mindestens symbolisch gebrochen. Die von der Größe und der Geschichte her gesehen am ehesten mit Katalonien vergleichbare staatenlose Nation Westeuropas ist **Schottland**. Die Scottish Nationalist Party erhofft sich das gleiche, was **Margaret Thatcher** befürchtet: eine Relativierung großbritischer Souveränität gegen außen und innen wegen der europäischen Inte-

gration. Die walisische **Plaid Cymru** sieht zusätzlich Erleichterungen in der Zusammenarbeit mit den bretonischen und gälischen **KeltInnen**.

## Europa als Gefahr

Der europäische Einigungsprozeß, wie er heute vor sich geht, ist aber viel mehr eine Gefahr für die staatenlosen Volksgruppen und deren Bewegungen. Die Regierung Mittelrand/Rocard seit 1984, die spanische Sozialdemokratie seit 1986 spiel(t)en das "fortschrittliche, moderne Europa" gegen die "hinterwäldlerischen, unzeitgemäßen Regionalismen" aus. Auf der Iberischen Halbinsel hat der EG-Beitritt, trotz den katalanischen Teilerfolgen den Zentralstaat gegenüber den "comunidades autonomas" gestärkt.

Die zwei wichtigsten Gründe dafür sind die **Wirtschafts- und Exekutivlastigkeit** der EG und deren Abgehobenheit von den BürgerInnen und den Volksgruppen. Die meisten Regionen und staatenlosen Nationen definieren sich über nichtwirtschaftliche Gemeinsamkeiten und Interessen, haben unterentwickelte ökonomische Institutionen und sind deshalb für die EG-Kommissare von untergeordnetem Interesse. Dazu kommt, daß die Entfesselung der Marktkräfte in vielen Fällen regionale Wirtschaften bedroht und allgemein eher die Zentren stärkt. Oft sind dabei auch Kulturen in Frage gestellt, wie z.B. das Fischereiwesen im Baskenland. Der Ökonomismus fördert auch ein kulturfeindliches Nützlichkeits-Denken. Warum sollen junge BaskInnen Euskara, immerhin die älteste Sprache Europas, lernen, wenn das wirtschaftlich nichts bringt?

Ebenso bedeutend ist der Umstand, daß die europäische Integration entscheidend über die nationalstaatlichen Exekutiven läuft. Wenn eine Volksgruppe etwas Handfestes erreichen will, muß sie das über die Zentralregierung, mit der sie meistens auf schlechtem Fuße steht, versuchen. Die Nationalstaaten und ihre Exekutiven erfahren dadurch eine Aufwertung gegenüber den minderheitlichen Volksgruppen, aber auch gegenüber der Nation im Sinne von souveränem Volk.

Gewisse autonomistische Errungenschaften werden durch den Integrationsprozeß direkt gefährdet. Beispielsweise erkämpfte Südtirol gegenüber demitalienischen Zentralstaat eine Quotenlösung bei der Einstellung von Beamtinnen und Beamten. Der Binnenmarkt-Grundsatz des freien Personenverkehrs steht aber im Widerspruch zu solchen "affirmative actions".

## Subsidiarität: Notwendigkeit oder Effizienz?

In der real existierenden EG gibt es keinen echten Willen, die immer häufiger beschworenen Prinzipien der Subsidiarität und des Föderalismus wirklich anzuwenden. Subsidiarität bedeutet, daß eine Devolution von Kompetenzen erst dann stattfinden darf, wenn dies zur Erfüllung der Aufgaben (absolut) notwendig ist (Notwendigkeits-Grundsatz) und nicht schon dann, wenn die höherrangigere Ebene vorgibt, dies besser und effektiver besorgen zu können (Effektivitäts-Grundsatz). Während beispielsweise die deutschen Länder in ihrer "Münchener Erklärung zum Föderalismus in Europa" vom 20./21.12.1990 das Notwendigkeitsprinzip bekräftigten, "strebt die Gemeinschaft eine Formulierung an, die ihr

ein Tätigwerden überall dort gestatten soll, wo sie effektiver handeln zu können glaubt als die Mitgliedsstaaten bzw. die nachgeordneten Gebietskörperschaften. Mit diesem Wechsel vom 'Notwendigkeits- zum Effektivitätsprinzip' wird aber das Subsidiaritätsprinzip gleichsam 'auf den Kopf gestellt', da es nun nicht mehr auf das Ob des Tätigwerdens der Gemeinschaft, sondern auf das Wie desselben ankommt" (W. Hummer, S. Bohr, Die Rolle der Regionen im Europa der Zukunft, Regensburg 1992).

In keinem einzigen bindenden Rechtsakt ist das Subsidiaritätsprinzip in seiner eigentlichen Wortbedeutung bislang verankert. Im Artikel 3 b Abs.1 des Vertrags von Maastricht wird das in der Präambel beschworene Subsidiaritätsprinzip folgendermaßen konkretisiert: "In den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, wird die Gemeinschaft nach dem Subsidiaritätsprinzip nur tätig, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen auf Ebene der Mitgliedsstaaten nicht ausreichend erreicht werden können und daher wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen besser auf Gemeinschaftsebene erreicht werden können". Diese Interpretation im Sinne des Effizienzprinzips ist technokratiefreundlich und föderalismusfeindlich. Ebenso schwerwiegend ist, daß es den jeweiligen Mitgliedsstaat in seiner völkerrechtlichen Konfiguration "in Pflicht nimmt". Das Subsidiaritätsprinzip gilt für die staatenlosen Volksgruppen nicht einmal in der fragwürdigen Version. Das EG-Recht "definiert die Region lediglich als Destinatär möglicher Hilfs- und Förderungsgelder und dient keinesfalls dazu, diese als unterstaatliche Verwaltungseinheiten gemeinschaftsrecht-

lich aktiv zu legitimieren" (Hummer, Bohr S.96)

## Verfassung und Minderheiten-Charta

Wenn das Scheitern des titoistischen Modells, das auf dem Papier vorbildlich aussah, eines lehrt, dann dies: Föderalismus und Selbstverwaltung geben nur einen Sinn, wenn die BürgerInnen frei und souverän sind, wenn das Gemeinwesen demokratisch ist. Deshalb postuliere ich als **erste** minderheiten-gerechte Forderung die Demokratisierung der Europäischen Gemeinschaft im Sinne der Volkssouveränität. Dies bedeutet heute zwingend eine Verbindung von repräsentativer und direkter Demokratie. **Zweitens** soll das Prinzip der Subsidiarität, mit dem der Vertrag von Maastricht auf keinen Fall vereinbar ist, im Sinne des Notwendigkeitsprinzips verbindlich gemacht werden.

**Drittens** sollen als zusätzliche Voraussetzung eines echten Föderalismus die staatenlosen Volksgruppen und die niederrangigen Gebietskörperschaften explizit anerkannt und in direkten Bezug zur Union gesetzt werden. **Viertens** sollen sie gegenüber den Nationalstaaten und gegenüber der Union gestärkt werden durch die Schaffung von Wahlkreisen für eine Zweite Kammer auf ihrer Ebene. Die Erste Kammer soll von den Mitgliederstaaten ausgehen. **Fünftens** soll das Recht auf Selbstbestimmung, eingeschlossen das auf Unabhängigkeit und auf Vereinigung, anerkannt werden. **Schließlich** soll unabhängig von der Verwirklichung der obigen Punkte eine Charta oder Konvention über die Grundrechte der europäischen Volksgruppen beispielsweise als Zusatzprotokoll zur Europäischen Menschenrechtskonvention vom Europarat verabschiedet

werden. Es gibt einen kürzlich verabschiedeten Entwurf der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen, die beim Europarat einen Berater-Status hat. Artikel 1 hält fest: "1. Der internationale Schutz der Rechte von Volksgruppen wie auch der Rechte von Angehörigen solcher Volksgruppen ist ein fundamentaler Bestandteil des internationalen Schutzes der Menschenrechte und fällt als solcher in den Bereich der internationalen Zusammenarbeit. 2. Es ist ein berechtigtes internationales Anliegen und daher nicht ausschließlich eine innere Angelegenheit des jeweiligen Staates". Volksrecht vor Staatsraison, das ist ein alter demokratischer Grundsatz.

**Josef Lang** ist BRESCHÉ-Redakteur, Vorstandsmitglied der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee und macht bei der BürgerInnen-Bewegung eurotopia mit. Seine Dissertation über die nationale und soziale Bewegung im Baskenland kam 1988 im Frankfurter ISP-Verlag heraus.



# “VIELFALT IST KEIN HANDIKAP”

Ein Gespräch mit Dr. Peter Leuprecht, dem stellvertretenden Generalsekretär des Europarats, über Minderheiten in Europa.

**STIMME:** Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach die Minderheiten beim europäischen Einigungsprozess? Es gibt ja die Diskussion “Europa der Regionen” versus “Europa der Nationen”.

**LEUPRECHT:** Unter diesen Schlagworten verbirgt sich sehr Verschiedenes. Sie haben ja offensichtlich eine ganz andere Konzeption auf dem Gebiet als z.B. Herr Haider oder viele andere, die plötzlich für die Minderheiten eintreten. Ich glaube, daß viele dieser Begriffe sehr doppelbödig oder vieldeutig sind, wie auch “Identität”. Man muß im Umgang mit diesen Begriffen sehr vorsichtig sein.

**Wird im Zuge der europäischen Einigung eine gewisse Harmonisierung der Minderheitenschutzgesetze erfolgen, sodaß es zu einer Zentralisierung der Minderheitenpolitik kommen kann? Wie würde sich das auf die sogenannten “alten” und “neuen” Minderheiten auswirken?**

Im Europarat haben wir drei Wege ins Auge gefaßt: Der erste Weg sind Mittel der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten über Minderheiten, also Vermittlung, um die politische Spannung aus den Minderheitenproblemen herauszunehmen. Der zweite Weg ist der der rechtlichen Regelungen und der dritte der von sog. “vertrauensbil-

denden Maßnahmen”. Was die rechtlichen Regelungen betrifft, werden auch hier verschiedene Möglichkeiten ins Auge gefaßt: Eine Möglichkeit ist die eines Zusatzprotokolls zur europäischen Menschenrechtskonvention, wodurch allfällige Minderheitenrechte dem supranationalen Kontrollmechanismus der europäischen Menschenrechtskonvention unterworfen würden. Das ist nach wie vor im Gange, stößt aber auf gewisse Schwierigkeiten. Es sind auch andere rechtliche Möglichkeiten ins Auge gefaßt worden. Gerade da, wo man Minderheitenrechte als Menschenrechte garantieren will, stellen sich Probleme: Ob und wie man die Minderheiten definieren soll. Manche von denjenigen, die für dieses Zusatzprotokoll zur europäischen Menschenrechtskonvention eintreten, wollen die Minderheit in einer Art und Weise definieren, die gewisse Gefahren in sich birgt. Ich persönlich bin der Meinung, daß man sich vor Definitionen von Minderheiten hüten soll, die – obwohl sie im Bereich der Menschenrechte propagiert werden – Quelle neuer Diskriminierung oder Ausklammerung sind. Hier stellt sich vor allem die Frage, ob die Minderheitenrechte als Menschenrechte nur den “alten”, oder auch den “neuen” Minderheiten zu gewähren sind. Gerade wenn von Menschenrechten gesprochen wird, bilden Universalität und

Gleichheit einen sehr wichtigen Grundsatz. Wenn man Unterscheidungen trifft, muß man die Frage beantworten, ob diese Unterscheidungen wirklich sachlich gerechtfertigt sind. Ich glaube nicht, daß z.B. die Voraussetzung, für eine gewisse Zeit da gewesen zu sein, wirklich ein entscheidendes Kriterium für die Zuerkennung oder Nichtzuerkennung von Grund- und Menschenrechten sein kann.

**Wie weit ist der Diskussionprozess fortgeschritten, das z.B. die “Minderheit” der Millionen Türklinnen in Europa einen ähnlichen Status wie die “alten” Minderheiten erhalten könnte?**

Ich könnte Ihnen vielleicht nach der Wiener Gipfelkonferenz (der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des Europarats am 8. und 9. Oktober) mehr darüber sagen. Das Thema Minderheiten steht dort auf der Tagesordnung. Ich kann jetzt nur erwähnen, daß es Länder bzw. Regierungen gibt, welche den Minderheitenbegriff so definieren, daß die Minderheitenrechte nur für die alten, “historischen” Minderheiten gelten sollen. Andere stellen das wiederum in Frage.

**Welche Länder meinen Sie damit konkret?**

Das ist auch noch im Fluß; aber es ist klar, daß z.B. die Türkei dafür eintritt, daß die Türken nicht vom Genuß dieser Minderheitenrechte ausgeschlossen werden. Ich persönlich habe wiederholt – aber bis jetzt mit nicht sehr großem Erfolg – die Frage gestellt, ob man nicht daran

denken sollte, universelle kulturelle Menschenrechte zu garantieren, die natürlich für alle Menschen gelten würden, auf die gewisse Kriterien zutreffen. Das wären vor allem Rechte im sprachlichen Bereich, die natürlich auch für die “neuen” Minderheiten, die Gastarbeiter, gelten würden und nicht nur für die historischen Minderheiten.

**Welche rechtlichen Schritte außer dem Zusatzprotokoll zur europäischen Menschenrechtskonvention strebt der Europarat noch an?**

Es gibt einerseits die Diskussion um das Zusatzprotokoll, das natürlich mehr als eine Richtlinie wäre. Das wäre verbindliches und in den meisten Staaten unmittelbar anwendbares Recht mit einem europäischen Kontrollmechanismus. Es gibt auch andere Formeln, die ins Auge gefaßt werden, z.B. einen Rahmenvertrag über Minderheitenrechte, in dem Verpflichtungen für die Staaten festgelegt würden. Ich glaube auch, daß es schon ein relativer Erfolg wäre, wenn sich die Staats- und Regierungschefs in Wien auf gewisse Verpflichtungen hinsichtlich der Behandlung der Minderheiten festlegen könnten, die die Staaten auf sich nehmen sollen. Eine Art Verhaltenskodex, auf den sie sich verpflichten – ob es dazu kommt, ist natürlich auch noch offen. Was ich heute feststelle, ist einerseits die Tatsache, daß manche in erster Linie an die “alten” Minderheiten denken und nicht an die “neuen”; andererseits sind manche überhaupt gegenüber Garantien

von Minderheitenrechten sehr zögernd. Und dazu gehören einige alte westliche Mitgliedsstaaten des Europarats, die jetzt unter den neuen Mitgliedsstaaten aus Mittel- und Osteuropa Verbündete für ihre negative und restriktive Haltung finden. Es scheint, daß einige der ganz neuen Mitgliedsstaaten wie die Slowakei oder die zwei baltischen Staaten nicht an verbindlichen europäischen Regelungen im Minderheitenbereich interessiert sind. Politisch gesehen ist die ganze Diskussion äußerst komplex.

**Kommen wir zu den “vertrauensbildenden Maßnahmen” des Europarats. Was ist konkret darunter zu verstehen?**

Der Gedanke dahinter ist, nicht nur auf europäisch-politischer Ebene oder auf Europa-rechtlicher Ebene Lösungen zu finden, sondern an Ort und Stelle möglichst bürgernah durch konkrete Maßnahmen das Vertrauen zwischen verschiedenen Gruppen und Menschen, die verschiedenen Gruppen angehören, zu stärken. Wir unterstützen z.B. im ehemaligen Jugoslawien nicht-nationalistische, unabhängige Medien – man muß ja leider sagen, daß die Medien beim Anheizen des Nationalismus und bei der Aufstachelung zum Haß im alten Jugoslawien eine sehr üble Rolle gespielt haben. Daher eben der Gedanke, ein Gegengewicht dazu zu schaffen. Wir unterstützen z.B. in Timisoara/Rumänien ein interkulturelles Zentrum, wo vor allem Lehrer im interkulturellen Lernen und für interkulturelle Erziehung ausgebildet werden. Es wird an eine Reihe ähnlicher Maßnahmen auf den

verschiedensten Gebieten gedacht, z.B. was die Demokratie auf lokaler Ebene betrifft, Projekte, die Roma und Sinti betreffen, die ja heute zweifellos in vielen Ländern Mittel- und Osteuropas die exponierteste Gruppe bilden. Eines ist sicher – und das wird auch allgemein anerkannt –, daß ungelöste Minderheitenprobleme zu oft sehr schwerwiegenden Spannungen in Europa führen und den Frieden in Europa gefährden; abgesehen davon, daß natürlich sehr oft das Schicksal der Betroffenen selbst auf dem Spiel steht. Ich glaube, daß häufig eine Intervention, ein neutraler Blick von außen zur Lösung dieser Spannungen beitragen kann. Wir sind als Europarat auch in den letzten Wochen in die Diskussion über die sogenannte Ausländergesetzgebung in Estland eingeschaltet worden, wo es überhaupt um die Frage geht: Wer ist Staatsangehöriger, wer Ausländer? Ist das ethnische Element das entscheidende Element? In diesem Fall hat man gesehen, wie sehr dieses Problem zu Spannungen zwischen Est-

land und der russischen Föderation geführt hat. Ich glaube, daß hier z.B. die neutrale sachliche Intervention des Europarats genützt hat.

**Wie definieren Sie den Begriff der Identität?**

Ich betrachte es als sehr gefährlich, daß das “ethnische” als das entscheidende oder sogar als das einzige Element der Identität gesehen wird – ein Gedanke, der leider wieder stark im Vormarsch ist. Diese Überbetonung des Ethnischen finde ich ziemlich beängstigend. Es ist wohl ein Faktor der Identität, ich persönlich definiere mich aber nicht in erster Linie ethnisch; ich glaube nicht, daß meine Identität im wesentlichen darin liegt. Antonio Perotti – ein Italiener, der in Paris lebt und sehr viel über interkulturelles Lernen gearbeitet hat – sagt, die Identität sei wie die Margarite. So wie sie viele Blütenblätter hat, besteht auch unsere Identität aus sehr verschiedenen Elementen – dem ethnischen, dem religiösen, der Erziehung usw.: Die Blume als Ganzes macht unsere Identität aus.

Mir gefällt dieses Bild sehr gut. Ich glaube, daß wir in der sich entwickelnden Vielfalt in Europa eine Bereicherung sehen sollten und nicht ein Handikap. Ich habe vorhin gesagt, daß man den Begriffen immer mehr mißtrauen muß; es gibt den neuen Slogan des “Ethnopluralismus”, der recht schön klingt, aber letztlich äußerst gefährliche Ideen der Abgrenzung, der Ausklammerung, einer Art

*Ich betrachte es als sehr gefährlich, daß das »ethnische« als das entscheidende, sogar als das einzige Element der Identität gesehen wird.*

Apartheid zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen in Europa in sich birgt. Das ist nicht, was Europa braucht.

**Wie betrachten Sie die Lage der Minderheiten in Österreich?**

Ich bin schon ziemlich lange von Österreich weg, aber verfolge die Lage mit Interesse. Vor allem habe ich die Diskussion über die slowenische Minderheit in Kärnten verfolgt. Ich glaube, daß hier sowohl auf seiten der deutschsprachigen Mehrheit als auch in gewissen Kreisen der slowenischen Minderheit Tendenzen bestehen, die genau in Richtung Abgrenzung gehen. Ich denke, daß gerade in einem Fall wie Kärnten das

Miteinander gesucht werden muß, nicht das völlige Abgrenzen gegeneinander; was die Minderheit braucht, ist weder Assimilierung noch Ghettoisierung. Ich habe das auch in Kärnten schon gesagt: Die slowenische Minderheit darf nicht zu einer Touristenattraktion werden wie die Indianer in gewissen Reservaten in Nordamerika. Aus dem Gegeneinander von Mehrheit und Minderheit sollte ein möglichst fruchtbares Miteinander hervorgehen, ein gegenseitiger Austausch.

*Der Europarat hat immer wieder betont, daß Menschenrechtserziehung auch eine interkulturelle Erziehung sein muß.*

Da spielen Gedanken herein wie die Zweisprachigkeit, überhaupt der Gedanke der interkulturellen Erziehung und des interkulturellen Lernens. Ich glaube, daß Kärnten dafür ein sehr gutes Beispiel sein könnte; doch wahrscheinlich wurden die Möglichkeiten, die dazu bestehen, viel zu wenig genutzt – aus einer Reihe von politischen Gründen und dem politischen Klima, das weitgehend in Kärnten herrscht: der nach wie vor sehr stark präzente Gedanke des Abwehrkampfes, der heute nicht mehr den Gegebenheiten entspricht. Wenn man den Kreis etwas erweitert, muß man natürlich sagen, daß extrem nationalistisches und ethnozentrisches Gedankengut heute in den Nachbarländern und überhaupt in den postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas wieder sehr stark im Kommen ist,

mit allen Exzessen, die man ja vor allem im ehemaligen Jugoslawien erlebt. Ich persönlich finde es sehr bedauerlich, daß auch die Tschechoslowakei, die ja noch ein multinationaler Staat war, diesen nationalistischen Trends zum Opfer gefallen ist. Es ist verständlich, daß sich Minderheiten in einem multinationalen tschechoslowakischen Staat sicherer gefühlt haben als heute in Nationalstaaten.

#### Was halten Sie von dem sehr breiten Minderheitenbegriff unserer Initiative?

Ich glaube, wenn man überhaupt Minderheiten definieren wollte – das ist ein unheimlich schwieriges Unternehmen; in der UNO hat man Tausende von Seiten auf die Definition des Minderheitenbegriffs verwendet –, dann bildet ein entscheidendes Element der Definition, daß es sich um eine nicht-dominierende Gruppe handelt, die entweder unterdrückt wird oder in Gefahr ist, unterdrückt zu werden. Dies trifft auf viele Gruppen zu, nicht nur auf ethnische Gruppen. In der Diskussion im Europarat haben wir den Minderheitenbegriff nicht so weit gefaßt, wie Sie es tun, aber ich habe

#### DER EUROPARAT:

1949 gegründet, besteht aus 32 Mitgliedsstaaten und hat seinen Sitz in Straßburg.

Das Hauptziel – *„der enge Zusammenschluß der Mitglieder, um die Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe sind, zu bewahren und zu fördern“* – wird vor allem in folgenden Bereichen angestrebt: Menschenrechtsschutz (Europäische Konvention für Menschenrechte 1953, Eu-

ropäische Kommission und Gerichtshof für Menschenrechte), Kooperation auf kulturellem Gebiet, bessere Lebensqualität sowie Rechtsfragen.

#### Der Minderheitenbegriff des Europarats bezieht sich jetzt noch in erster Linie auf ethnische Minderheiten.

Es wird jetzt viel von *„nationalen Minderheiten“* gesprochen, wobei man nicht recht weiß, was das eigentlich bedeutet. Viele denken in erster Linie an ethnische Minderheiten. Das trifft auch auf die österreichische oder deutsche Regierung zu: Es ist der Gedanke der Volksgruppen und eines europäischen Volksgruppenrechts, der von manchen vertreten wird – mit einem starken Akzent auf dem Ethnischen.

#### Was halten Sie von dem „Minderheitenjahr 1994“? Sind Sie bereit, diese Initiative zu unterstützen?

Ich kenne sie sicherlich zu wenig, aber was ich davon

weiß, scheint mir sehr positiv und ich unterstütze sicherlich derartige Bemühungen. Ich würde sagen, sie liegen absolut auf der Linie des Europarats, der ja seit vielen Jahren gewisse Konzepte vertritt – das Konzept einer multikulturellen europäischen Gesellschaft, das heute von vielen wieder bezweifelt oder sogar vehement angegriffen wird. Der Europarat tritt seit vielen Jahren für interkulturelles Lernen und interkulturelle Erziehung ein und hat auch immer wieder betont, daß dies ein Aspekt der Menschenrechtserziehung ist – daß Menschenrechtserziehung auch eine interkulturelle Erziehung sein muß; wir haben auch in diesem Sinne versucht, in Österreich zu wirken, z.B. durch zwei Seminare, die wir in Klagenfurt veranstaltet haben. Was dem Europarat ebenso sehr am Herzen liegt, ist, nicht nur mit Regierungsvertretern zu arbeiten, sondern auch mit nichtstaatlichen Organisationen, mit Initiativen verschiedenster Art. Es ist für Institutionen wie den Europarat äußerst wichtig, wirklich bürgernah zu sein und einen direkten Draht zu nichtstaatlichen Organisationen zu haben. Ich war vorher viele Jahre lang für die Menschenrechte im Europarat verantwortlich, dort haben wir das mit großem Erfolg praktiziert.

Die wichtigsten Organe des Europarats sind das Ministerkomitee (halbjährliche Treffen der Außenminister) und die Parlamentarische Versammlung (224 Abgeordnete, von nationalen Parlamenten entsandt); die Dienstleistungen für sie entrichtet das Generalsekretariat.

weiß, scheint mir sehr positiv und ich unterstütze sicherlich derartige Bemühungen. Ich würde sagen, sie liegen absolut auf der Linie des Europarats, der ja seit vielen Jahren gewisse Konzepte vertritt – das Konzept einer multikulturellen europäischen Gesellschaft, das heute von vielen wieder bezweifelt oder sogar vehement angegriffen wird. Der Europarat tritt seit vielen Jahren für interkulturelles Lernen und interkulturelle Erziehung ein und hat auch immer wieder betont, daß dies ein Aspekt der Menschenrechtserziehung ist – daß Menschenrechtserziehung auch eine interkulturelle Erziehung sein muß; wir haben auch in diesem Sinne versucht, in Österreich zu wirken, z.B. durch zwei Seminare, die wir in Klagenfurt veranstaltet haben. Was dem Europarat ebenso sehr am Herzen liegt, ist, nicht nur mit Regierungsvertretern zu arbeiten, sondern auch mit nichtstaatlichen Organisationen, mit Initiativen verschiedenster Art. Es ist für Institutionen wie den Europarat äußerst wichtig, wirklich bürgernah zu sein und einen direkten Draht zu nichtstaatlichen Organisationen zu haben. Ich war vorher viele Jahre lang für die Menschenrechte im Europarat verantwortlich, dort haben wir das mit großem Erfolg praktiziert.

**Dr. Peter Leuprecht** ist *„multikultureller Österreicher“* (Eigendefinition), Jurist und stellvertretender Generalsekretär des Europarats, wo er seit über 30 Jahren tätig ist – zuletzt 13 Jahre lang als Direktor für Menschenrechte.

Interview: **Anna Rakoš**

# GEDANKEN ÜBER EIN ZUSAMMENLEBEN DER VÖLKER IN EUROPA

von Elisabeth  
Feuerstein

**„Erst durch das Aufkommen verschiedener Meinungen kommt das Licht der Wahrheit zustande.“**

*Bahá'í - Schriften*

Ist es denn nicht möglich, die *„Einheit in der Vielfalt“*, eines der wichtigsten geistigen Prinzipien, in vielen unserer zwischenmenschlichen Beziehungen, Fragen, Problemen anzuwenden, durchzuführen? Man sollte es probieren und könnte erkennen, wie fruchtbringend dies ist. Wenn nur eine bestimmte Meinung mit Autorität ausgeführt werden sollte, ergibt es kein Ganzes. (Es ist dies dann nur die halbe Sache, die wahrscheinlich keine Früchte bringen wird.)

Die Menschheit als Gesamtheit, als ein Körper, als Ganzes, könnte man wie ein Puzzlebild betrachten. Groß, bunt, mit vielen einzelnen Stückchen, die alle ihren Platz haben und von einem Schöpfer gemacht wurden. Würde nur ein Teil fehlen, wä-

re es nicht komplett. Jedes einzelne Stück hat seine Bedeutung und reicht dem Nachbarn die Hände.

Eine *„Europäische Gemeinschaft“* – sei es nun zuerst auf wirtschaftlicher und politischer Ebene – müßte aber auch ein Hand-in-Hand-Gehen sein mit den Menschen, die davon betroffen sind. Wie sieht es in unserem eigenen Land aus – mit jedem einzelnen von uns: Kann man hier von einer Integration, einem Miteinanderleben nur positiv sprechen, berichten?

Für eine *„Europäische Gemeinschaft“*, für ein friedvolles Zusammenleben der Völker wurden schon einige Schritte unternommen; aber warum geht es so langsam und manchmal mit so großen Schwierigkeiten vor sich? Könnte es sein, daß wir für so wichtige Schritte im Leben der Menschheit vielleicht auf unseren Sinn des Lebens hier auf dieser Erde vergessen, daß wir einen gemein-

samen Schöpfer haben und geistige wie moralische Gesetze immer wieder von ihm offenbart bekommen?

Steht es in den Paragraphen der politischen Gesetzgebung, wie wir uns bei Uneinigkeit, bei der Lösung der Probleme der Menschheit verhalten sollen? Wie wichtig es ist, sich selbst zu erkennen, sodaß wir das Göttliche in uns erkennen?

Welche Gesetze, welche geistigen Normen, Schritte sollten wir alle (nicht nur der einzelne für sich, sondern auch die Politiker bei ihrer Gesetzgebung für die Menschheit) beachten?

Ich verlange jetzt nicht, daß jeder ein überzeugter Anhänger einer Religion werden muß, um Gott zu erkennen und seine Gebote anzuerkennen und zu leben – es ist vielleicht wichtiger, daß sich jeder für sich auf die Suche nach der Wahrheit begeben, seine inneren Werte erkennt, seiner inneren Stim-

me lauscht und sich nicht von so vielen Unwahrheiten, Scheinbildern, die uns im täglichen Leben begegnen, mitreißen läßt.

Der Mensch ist ein vernunftbegabtes Wesen! Warum sollte er sich seiner Fähigkeiten nicht bedienen?

Wie leicht wäre es – und es ist dies schon für viele Menschen –, *„die Erde als eine Heimat und die Menschen als ihre Bürger“* anzusehen. Würde es damit nicht leichter und schneller vorangehen, die *„Europäische Gemeinschaft“*, die Verbindung der Völker und danach die *„Welt-einheit in ihrer Vielfalt“* in die Tat umzusetzen?

Ich glaube, daß es keine Träumerei von mir ist, daß die Erde als eine Heimat angesehen werden müßte – es ist dies die Tatsache, der wir ins Auge sehen müssen. Wir bewegen uns auf die *„Einheit der Menschheit in ihrer Vielfalt“* hin; mühsam, aber doch – *„Gott sei Dank!“*



# GROLL ODER ZEIGT DER RHEIN-MAIN- DONAU-KANAL UND FLAGGE DAS ENDE DER NEUTRALITÄT

Eine Feiertagsgeschichte  
von Erwin Riess

Am einem sonnigen Herbsttag saß Groll, ein Rollstuhlfahrer aus Wien-Floridsdorf, am Donauufer unterhalb von Regelsbrunn und beobachtete mit einem Feldstecher den Schiffsverkehr. Vor sich hatte er auf einem Campingtischen nautische Karten und ein Handbuch der Donaulotsen ausgebreitet. Auch ein Megaphon sowie einige Signalflaggen lagen auf dem Tisch. Fuhr ein Schiffsverband vorbei, führte Groll je nach Herkunftsland unterschiedliche Flaggensignale aus. Manche Kapitäne antworteten mit einem kurzen Stoß aus dem Schiffshorn, einige winkten zurück, andere wiederum drohten mit der Faust. Jedes Schiff wurde von Groll in ein Buch eingetragen.

Als er den Blick vom Fluß wandte, fiel ihm in einiger Entfernung ein hagerer Mann auf, der langsam näher kam. Durch das Fernglas erkannte Groll in dem Mann seinen Freund Tritt, einen Soziologie-Dozenten und Hobby-Vogelkundler aus Wien-Hietzing.

Ein ukrainisches Schubschiff, die langsam bergfahrende HANOI, setzte ein langes Signal mit dem Schiffshorn ab. Groll schlug in seinem Katalog nach, zog zwei Fähnchen hervor und begann, Signale zu flaggen.

"Was machen Sie da?" Tritt hockte sich neben Groll nieder.

Die HANOI fuhr vorbei, ein Mann trat aus dem Führerhaus und winkte. Groll legte die Flaggen beiseite und grüßte zurück.

"Ich lotse die Schiffe durch Untiefen. Wenn Sie so wollen, bin ich der erste rol-

lende Leuchtturm." Er studierte das Schiff eingehend durch das Fernglas.

"Untiefen? Vom Ufer aus? Mit Flaggen? Sie gestatten, daß ich zweifle." Tritt kratzte sich mit der Reihfeder am Rücken.

"Es gibt auch Untiefen im übertragenen Sinn. Gerade vor diesen muß man die Menschen warnen", antwortete Groll.

Ein alter rumänischer Schlepper, die DRAGASANI, näherte sich, talwärts fahrend. Groll schwenkte heftig seine Signalflaggen, ein Mann trat aus dem Führerstand, drohte mit der Faust und rief Schmähungen.

"Was haben Sie dem Schiff signalisiert?" fragte Tritt atemlos. Groll öffnete sein Buch und drehte es Tritt zu. Der las laut: "Signal für Rumänien: Steigt König Michael empor, sprengt sich das Eiserne Tor!"

Groll nickte zufrieden.

"Und das ukrainische Schiff? Welche Botschaft hatten Sie für das ukrainische Schiff bereit?" Groll blätterte eine Seite um, Tritt las:

"Kein roter Stern am weißen Schiff? Ich wünsche Bruch am nächsten Riff!"

Tritt war außer sich. "Lieber Freund! Sie gefährden mit diesen Signalen die Schifffahrt."

"Das hat vorige Woche der Kapitän der deutschen ANNA BLOMBERG auch gerufen, bevor er auf jener Sandbank dort drüben auf Grund gelaufen ist", antwortete Groll nicht ohne Stolz.

"Ich möchte nicht wissen, was Sie dem Kapitän geflaggt haben", sagte Tritt.

"Bismarck, U-290, Gnei-

senau. Auch Du säufst heute noch ab: Helau!" sagte Groll.

Tritt schüttelte verzweifelt den Kopf.

Offensichtlich fehle ihm das richtige Verständnis für das Signalwesen in Zeiten unruhigen Fahrwassers, meinte Groll. Er werde für heute aber über diese Unzulänglichkeit hinwegsehen, es gelte, den historischen Moment zu würdigen, da Österreich durch den Wasserweg mit der Aufklärung verbunden wird.

Das Glas erhebend sprach er in feierlichem Ton: "Heute, am 30. September 1992 um neun Uhr vormittag ist das erste Schiff, das den Rhein-Main-Donau-Kanal passiert hat, im Wiener Hafen eingetroffen. Es handelt sich um den Schüttgut-Selbstfahrer LIBRE II aus Rotterdam. Der Kapitän hat die Ladung, nigerianische Erdnüsse und französischer Rotwein in Stahltanks, unverzüglich – ohne einen Schritt an Land zu setzen – gelöscht und befindet sich mit dem Rest des Ladeguts, englische Kondome und dreißigtausend Bibeln in Slowakisch, auf dem Weg nach Bratislava. Jetzt wird die LIBRE II auf der Höhe von Deutsch-Haslau sein. Hoffentlich läuft sie nicht auf Grund, die Donau ist bei Niederwasser fast so schwer zu befahren wie der Weiße Nil oberhalb von Khar-tum."

Woher Groll denn das wisse?

Er sei nicht immer im Rollstuhl gesessen. Im übrigen solle Tritt nicht vom wichtigsten Datum in der tausendjährigen Geschichte Österreichs ablenken, seit

heute liege Österreich an der Nordsee und nicht an trostlosen Lacken, die in noch trostlosere Tümpel übergehen.

"Sie sprechen vom Schwarzen Meer und vom Mittelmeer?" fragte Tritt.

"Ich spreche von Brackwasser, von mit Lehm verklumpten Suhlen, deren lächerliche Gezeiten noch unter den Krebsen für Empörung sorgen. Diese Hochstapler der Tektonik, die an Tiefe und Gehalt von jedem mittleren Gletschersee übertroffen werden, diese Karikaturen der Ozeane, die sich den Ehrennamen Meer aneigneten wie die ukrainische Mafia die sowjetische Donauflotte, möchte ich nicht in einem Atemzug erwähnt wissen mit den Weltmeeren, dem Atlantik und dem Pazifik. In dieser Stunde hört Österreich auf, ein Binnenland zu sein, wir vereinigen uns mit dem Atlantik, dem Golf- und dem Benguelastrom. Es wächst zusammen, was nie zusammengehörte. Der Wurmfortsatz findet einen Ausgang. Österreichs Isolation ist ausgestanden; anstatt in seinem Inneren zu wühlen, kann das Land sich glücklich entäußern. Es tut nichts zur Sache, daß dieser Glücksfall die Österreicher ebenso unvorbereitet wie unverdient trifft. Die Weltläufigkeit ist keine Frage der Kultur, sie ist eine Frage des Wasserstandes."

"Eine kühne Sichtweise!" Tritt nahm einen Schluck vom Rotwein.

"Die einzig mögliche." Groll folgte seinem Beispiel. "Wenn Sie je gesehen haben, wie ungezwungen sich

weltoffene Menschen in einer Küstenstadt inmitten jahrhundertalter Kulturgüter bewegen ..."

"Wo wurden Sie Zeuge eines derartigen Schauspiels?"

"In Antwerpen, im Jahre 1987. In jener wunderbaren Stadt an der Mündung der Schelde wurden damals im Dom, einem imposanten Tempel des frühen Handelskapitalismus, Ausgrabungen vorgenommen. Auf dem Tabernakel lagerten die Überreste mumifizierter Priester, daneben saßen die Archäologen und verspeisten ihre Jause. Zu ihren Füßen drängelten sich Schulkinder, sie erörterten lebhaft und pietätvoll die einstigen Berufe der halb verwesenen Leichen. Das, lieber Tritt, nenne ich Weltoffenheit, so sieht der respektvolle Umgang selbstbewußter Bürger mit dem Tod aus, so eignen sich weltoffene Menschen kulturelles Erbe an. Stellen Sie sich nur einmal vor, im Stephansdom würden vor den Augen des Publikums Priester freigelegt. Den Widerschein der Scheiterhaufen würde man noch an der Hofburg flackern sehen und die Schreie der gesteinigten Archäologen würden durch den Volksgarten ziehen wie Herbstnebel!"

In Brüssel habe ich das schönste architektonische Ensemble in meinem Leben gesehen, eine Barockkirche, die vollständig von Geschäften eingemauert ist; das Kirchenschiff dient als Lagerhalle, mein Begleiter und ich weinten Tränen der Freude, als wir dieses tröstlichen Kleinods ansichtig wurden." Groll nahm einen Schluck vom Wein. "Und in Wien streiten die Menschen darum, ob hinter barocken Pferdeställen ein schmalbrüstiger Turm aufgeführt werden darf!"

Fahren Sie einmal mit dem Rollstuhl durch Brüssel, rollen Sie durch die Altstadt; die Gehwege sind abge-

schrägt, die Fußgängerzonen verfügen über einen menschengerechten Belag. Im Gegensatz dazu ist der neugestaltete Minoritenplatz einer der gefährlichsten Orte ganz Wiens. Täglich verunglücken dort Fußgänger, weil sie auf der zerklüfteten Steinlandschaft straucheln. Nicht wenige Kleinkinder, die in Kinderwagen über die Waschrumpel geschleift werden, müssen danach mit einem Schädel-Hirn-Trauma ins Spital gebracht werden; vorwitzige Rollstuhlfahrer bezahlen die Befahrung des Platzes mit Achsbrüchen und, falls sie es wider Erwarten bis zur Bruno-Kreisky-Gasse schaffen, mit tagelangem Doppelsehen und hartnäckigem Drehschwindel.

schlug im Buch nach und las laut: "Dem Stachel im Fleisch der Slawen wünsch ich in der Suppe Schaben! La revedere! Lieber Freund, was Sie hier treiben, ist Neutralitätsgefährdung!"

"Tote kann man nicht gefährden", sagte Groll sachlich.

Die Neutralität sei vom Parlament noch nicht aufgehoben worden, beharrte Tritt. Das sei auch gar nicht notwendig, entgegnete Groll. Die Neutralität habe ihren Schutzherrn verloren, sie sei auf den Mut und die Phantasie der Österreicher angewiesen und werde daher untergehen, sagte Groll. Sie sei ja auch nicht für ewig gedacht gewesen, sie sollte nur "immerwährend" sein, was

Stücken", gebe damit nur zu, daß er unter Zwang handle. Er, Groll, bleibe dabei, daß der Anschluß Österreichs an Europa das beste sei, was diesem Land widerfahre, seit die Awaren die heimatlichen Wälder mit Leben erfüllten. Tatsächlich sei es gänzlich ohne Bedeutung, daß die Neutralität abgeschafft werde, sie sei seit dem Ende der Sowjetunion ohnehin nur eine Hülle ohne Inhalt, ein Relikt wie der einsame Rotgardist am Schwarzenbergplatz. Groll säuberte das Objektiv seines Fernglases mit einem Taschentuch.

"Die Wahrheit, lieber Freund, ist: Ich zittere vor dem Moment, da die Österreicher ihrer Identität freie Bahn lassen. Ich bleibe da-



Das kommt heraus, wenn die Wiener Stadtplaner ihre historische Ader entdecken."

Ein rumänisches Schubschiff, die GIURGIU 9, näherte sich, talwärts fahrend. Groll flaggte eine Botschaft, Tritt

im Österreichischen einer Zeitspanne von rund dreißig Jahren entspreche. Und sie sei auch nicht dem Wunsch der Österreicher nach Frieden entsprungen; wer sage, er wähle etwas aus "freien

bei: Die Abhängigkeit von einer Schutzmacht ist unverzichtbar, soll das Schlimmste, die Wiederkehr österreichischer Größe, verhindert werden!"

Groll stelle die Dinge auf

den Kopf, sagte Tritt. Allerorten werde Klage geführt, daß Österreich auf dem Weg zu einer deutschen Kolonie sei.

"Wer klagt?" fragte Groll. "Journalisten, die es nicht geschafft haben, in deutschen Zeitungen unterzukommen. Wer aber sorgt sich um die Deutschen? Wer nimmt ihnen den Mühlstein Österreich ab, jetzt, da sie vor lauter Einheit nicht ein noch aus wissen? Ich plädiere dafür, Österreich als Provinz an Holland anzuschließen! Im Ijsselmeer ist noch Platz. Das wäre eine lohnende Aufgabe für die versprengte Restlinke, sie soll-

te die alte Losung 'Proletarier aller Länder, vereinigt euch' den neuen Verhältnissen anpassen: 'Patrioten aller Länder, verpißt euch'. Das Beitritts-gesuch an die EG muß unbedingt mit der Forderung nach dem Beitritt zu den Niederlanden ergänzt werden. Falls das holländische Boot voll ist, käme auch Belgien in Frage. Über Kanäle ist Belgien auch mit dem Rhein und damit mit Österreich verbunden."

"Der Streit zwischen Flamen und Wallonen ist Ihnen wohl unbekannt", sagte Tritt.

"Das ist nichts gegen die Liebe der Österreicher zu ih-

rer desaströsen Geschichte." Groll schenkte sich Wein nach.

"Und die Krise der Stahlindustrie in Wallonien?"

"Sie ist lächerlich im Vergleich zur Lage der verstaatlichten Betriebe in Österreich."

"Und die hypertrophe EG-Bürokratie?" beharrte Tritt.

"Nichts gegen den Alltag in Österreichs Amtsstuben. Verstehen Sie doch: Ich sehne den Tag herbei, an dem die Geschicke dieses Landes in Brüssel entschieden werden. Hoffentlich legt sich die EG keine Zurückhaltung auf, ich will, daß den Österreichern auf Punkt und Beistrich vorgeschrieben wird, wie Menschen miteinander umzugehen haben; ich will, daß die öffentlichen Verkehrsmittel auch für alte und behinderte Menschen benutzbar sind, ich will, daß die Respektierung von Behindertenparkplätzen selbstverständlich ist, ich will, daß Hundebesitzer den Kot ihrer Bestien mit der Hand auf-fangen, sodaß ich endlich auch in Wien den Blick heben kann, wenn ich mit dem Rollstuhl durch die Stadt fahre. Schließlich bin ich dafür, die Burenwürste in Brüssel abzupacken und in Rotterdam zu prüfen, bevor sie auf den heimischen Markt kommen. Gewürztes Kunstblut ist immer noch bekömmlicher als fetttriefender Mehl-papp."

"Sie sind ungerecht und versündigen sich am österreichischen Weg", sagte Tritt angewidert.

"Der österreichische Weg, die Bruno Kreisky-Gasse, ist unpassierbar", antwortete Groll.

"Sorgen Sie sich nicht um die Zukunft dieses schönen Landes?" rief Tritt mit einer großen Geste.

"Doch. Meine größte Sorge gilt der Bundesregierung. Die EG-Kampagne ist der beste Weg, die Österreicher für

alle Zeiten Europa zu entfremden." Groll suchte mit dem Fernglas die Donau ab. "Jetzt müßte bald die LIBRE II auftauchen."

Groll übertreibe, sagte Tritt. Es gebe in der EG-Propaganda vielleicht Anlaufschwierigkeiten, die würden aber vorübergehen. Im großen und ganzen seien die Österreicher ausreichend über die EG informiert.

"Im großen und ganzen werden die Österreicher betrogen, aber sie sind daran ja nicht unschuldig. Diese Regierung wird zum Fluch, wenn sie etwas Gutes will. Falls sie ihre Kampagne für den Beitritt nicht sofort stoppt, ist die Chance auf Europa verspielt."

Wieder suchte er den Fluß nach dem holländischen Schiff ab. Plötzlich stieß er einen Freudenschrei aus.

"Sie kommt! Dort hinten, die LIBRE II. Oh, du Perle der Fahrtrinne, du stählerne Hoffnung! Sehen Sie, wie genau sie die Boje passiert! Jetzt nimmt sie Fahrt weg, sie ist vorsichtig, sie ist umsichtig, sie ist großartig! Welch ein Anblick: die Flagge Hollands auf der Donau!"

Die LIBRE II näherte sich rasch, Groll zog eine gelbe Flagge hervor und schwenkte sie heftig.

"Was signalisieren Sie?" fragte Tritt.

"Gelbe Flagge: Pest an Land. Nicht anlegen, weiterfahren. Ich muß den Holländer schützen."

Tritt taumelte zurück, ein Rasselntewich seiner Kehle. Das Schiff fuhr vorüber, der Kapitän winkte Groll lachend zu, der schwenkte die Fahne mit beiden Händen, der Rollstuhl wackelte bedrohlich.

Als das Schiff auf Wurfweite entfernt war, sandte der Kapitän einen letzten Gruß, zweimal dröhnte das Schiffshorn durch die Au.

von Haydar Sari

Seit Österreich die sog. "Gastarbeiter" aufnimmt, wurden nicht wenige sie betreffende Gesetze und Bestimmungen erlassen. So wie jedes Gesetz sozialen Veränderungen angepaßt werden muß, zeichnen auch diese Gesetze eine Reihe von Novellierungen aus.

Auch wenn die Änderungen unter Ausschluß der Betroffenen und der sie vertretenden Organisationen eingeleitet wurden, so gereichten sie gewiß nicht in allen Fällen zu deren Nachteil (wie das Arbeitslosenversicherungsgesetz, das Ausländerbeschäftigungsgesetz, das Staatsbürgerschaftsgesetz etc.). Natürlich brachten diese unter dem Titel "Integrationsfördernde Maßnahmen" angepriesenen Geschenke keine strukturellen Verbesserungen für die Ausländer, dennoch waren gewisse Erleichterungen spürbar. Auch wenn nach diesen Novellierungen einzelne Härtefälle auftraten, konnte man meist eine Lösung im Interesse des Betroffenen finden.

Beim neuen Aufenthaltsgesetz liegen die Dinge anders:

Schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1.7.1993 war es vorherzusehen, daß eine Reihe dieser Bestimmungen inhumane Auswirkungen auf seit Jahren hier arbeitende und lebende Menschen haben würde. Wie die Medien bereits auf ausführliche Weise berichtet haben, werden die Familienzusammenführungen erschwert; aus banalsten Gründen werden den Menschen Sichtvermerke versagt und die Betroffenen dadurch in die Illegalität gedrängt; im Falle von

## EIN DESINTEGRIERENDES GESETZ

Fristversäumnissen wurde die Bürokratie auf die österreichischen Botschaften verlegt u.v.a.m.

Es hat zum jetzigen Zeitpunkt wenig Sinn, dieses Gesetz in seinen einzelnen Facetten auf den Prüfstand zu legen, oder – wie Verfassungsexperten – die Kritik nur auf einen Satz in diesem Gesetzeswerk zu beschränken; man muß es im Ganzen als integrationshemmend begreifen.

Ja, es revidiert bereits vollzogene Integration von Menschen. Ein Fallbeispiel von vielen aus den täglichen Erfahrungen des Wiener Integrationsfonds: Frau E. Ü. erscheint am 20. September 1993 im Büro und erklärt voll Bitterkeit die Situation ihres Sohnes. Dieser kam gleich nach seiner Geburt nach Österreich und lebt seither hier. Als er im Jahr 1992 um Verlängerung seines Sichtvermerks ansuchte, wurde dies mit der Begründung abgelehnt, er habe keine Arbeit und gehe auch nicht mehr zur Schule. Durch das Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes mußte er in seine Heimat in die Türkei reisen, um das Visum zu verlängern. Die Mutter konnte ihn dabei nicht begleiten, da sie arbeiten muß und allein für den Unterhalt der Familie zu sorgen hat. Sie richtet die verzweifelte Bitte an uns, zu helfen, da der minderjährige Sohn in der Türkei völlig allein auf sich gestellt ist und laut Auskunft der österreichischen Botschaft in Ankara noch einige Monate warten muß, bis sein Antrag er-



ledigt sein wird. Dies ist kein Einzelfall, sondern logische Konsequenz der Anwendung dieses unausgereiften Gesetzes.

Da die Migrantenbevölkerung seit Jahrzehnten in diesem Land lebt, ein Bestandteil dieser Gesellschaft geworden ist und die Mehrheit der Bürger und die Öffentlichkeit dieses Landes mit solchen inhumanen Vorgangsweisen nicht einverstanden sind, ist das Gesetz mit dem geltenden Inhalt nicht durchführbar.

Zweifellos besteht ein Regelungsbedarf aufgrund verstärkter Migrationsbewegungen in ganz Europa. Doch ein Gesetz muß der Vielfalt der möglichen Fälle einigermaßen Rechnung tragen und kann nicht alles über einen Kamm scheren. Die nüchterne Notwendigkeit, per Gesetz den Zuzug zu regeln und politische, soziale Folgeprobleme von Massenemigration zu lösen, darf nicht Belästigung der bereits hier lebenden und arbeitenden Menschen verursachen.

Die mitunter geforderte Generalamnestie stellt realpolitisch eine überzogene Maximalforderung dar, die man im Interesse der einzelnen Härtefälle wohl wird zurücknehmen müssen. Es geht vielmehr darum, diese Härtefälle in der Form aufzufangen, daß gewachsenen Familien ein legaler Status verschafft wird, da z.B. deren Kinder oder die Großeltern noch keine Aufenthaltsgenehmigung besitzen.

Es geht nicht darum, dem Gesetzgeber pure Menschenfreundlichkeit abzuverlangen, aber der Erhalt und die Förderung von Familien gehört zum Grundinventar demokratischer Zivilgesellschaften. Vielmehr würde es darum gehen, daß Österreich und seine Bundesregierung die Tatsache anerkennt, daß es zu einem Einwanderungsland geworden ist. Was not tut, ist eine Integrationspolitik, die in diesem Land längerfristig ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen ermöglicht.

## Meldungen

▼ Nach insgesamt 17jährigen Parteiverhandlungen über die Verteilung der Sitze zwischen SPÖ und ÖVP und nach einem gescheiterten Einigungsversuch im Jahre 1990 ist es endlich zur **Konstituierung des Volksgruppenbeirats für die kroatische Volksgruppe** gekommen, deren augenscheinlichste Konsequenz die tatsächliche Auszahlung der für die kroatische Volksgruppe vorgesehenen Subventionen sein wird. Die Grünen stellten die Legitimation des Volksgruppenbeirats aufgrund seiner nach "Parteienpakt" zusammengesetzten Mandatarenstruktur in Frage.

▼ SOS Mitmensch, Die Grünen und prominente Personen stellen eine **Bürgerinitiative für eine Reform der Ausländergesetzgebung** auf die Beine. Mit einer Menschenkette vor dem Parlament demonstrierten am 22. September etwa 3.000 Menschen in Wien gegen das neue Aufenthaltsgesetz.

▼ Am 21. September hat der **Wiener Integrationsfonds** seine erste Außenstelle in Wien-Brigittenau eröffnet.

▼ Im Rahmen der September-Akademie der **Schule für Dichtung** in Wien hat u.a. der in Wien lebende türkische Dichter **Serafettin Yıldız** (Redaktionsmitglied der STIMME) als Lehrer und Vortragender mitgewirkt. Yıldız hat die Lyrik- und Prosa-Klasse zum Thema "Fremdsein" in Deutsch und Türkisch geleitet sowie ein Referat ("Schreiben in zwei Sprachen") und eine Lesung gehalten.

▼ Die **Homosexuelle Initiative Linz** wurde in den Sommermonaten zur Zielscheibe eines skandalösen Diskriminierungsakts. Die Vermietung der durch eine Realitätenvermittlung angebotenen Büroräumlichkeiten an den Verein **HOSI** wurde nach der Einschreitung der AVA-Bank, die im gleichen Haus in der Goethestraße eine Filiale betreibt, abgesagt. "Lesben und Schwule sind offensichtlich nur als Kunden erwünscht, nicht als Nachbarn", müssen Vertreter der HOSI feststellen und überlegen sich rechtliche Schritte. Darüber hinaus fordert die HOSI-Linz abermals die umgehende Einführung eines Antidiskriminierungsgesetzes in Österreich.

von Hikmet Kayahan

## WIEN IST ANDERS!

Ich konnte mir nicht vorstellen, daß es so weit kommen würde. Aber als R. dann ins Bundeskanzleramt bestellt und ihm unmißverständlich klargemacht wurde, daß er als Chefredakteur der "Opposition" die Linie seines Blattes in Sachen Fremdengesetze zu ändern

gen den Gedanken, eines Tages vielleicht wirklich in dieser engen, dunklen Kammer zu leben. "Nein!", sagte ich, "das werden sie nicht wagen, die Weltöffentlichkeit wird das nicht zulassen. Die Schweinehunde haben keine Chance!" R. schwieg, versuchte schon nicht mehr, mich zu beruhigen

"Fremden"; trotz meiner 15 Jahre in diesem Land; ich hatte es verabsäumt, rechtzeitig um die Staatsbürgerschaft anzusuchen!) das Veröffentlichen in österreichischen Medien nicht mehr gestattet; zwei Mitarbeiter wurden verhaftet, weil sie den Bundeskanzler als "Faschist" bezeichnet hatten.

Aber das war erst der Anfang. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurde das neue "Aufenthaltsgesetz zum Schutze der Nation" verabschiedet. Parlamentarier, die gegen das Gesetz gestimmt hatten, wurden - "um sie vor dem Unmut des Volkes zu bewahren", wie vom Pressesprecher des Bundeskanzlers erklärt wurde - in "Schutzhaft" genommen. Der Stephansdom wurde von der neu gegründeten "Volkspolizei" abgeriegelt, da sich Hunderte von Menschen in das Gotteshaus geflüchtet hatten und der Bischof der Volkspolizei den Zutritt verweigerte; so wollte man wenigstens verhindern, daß noch mehr Menschen in den Dom strömten.

In einer großangelegten "Säuberungsaktion" wurden "Fremde, die keiner geregelten Arbeit nachgehen oder keinen ordentlichen Wohnsitz nachweisen können", des Landes verwiesen. Die Botschaften vieler Länder mußten schließen, da sie die Menschenmassen nicht mehr aufnehmen konnten. Die Deportationen begannen. Aber nach wenigen Tagen schlossen

die Nachbarstaaten die Grenzen, die in Schubhaft genommenen "Fremden" wurden in "Übergangslager" gesteckt. Erst als bei einem Brandanschlag auf die Synagoge der Oberrabbiner von Wien getötet wurde, protestierte die UNO. Das Internationale Rote Kreuz sandte eine Untersuchungskommission. Viel zu spät: Der Anschlag auf die Synagoge war das letzte Zeichen dafür, daß es für die Regierung kein Zurück mehr gab. Ansonsten verhielt sich die Weltöffentlichkeit still. Die "Freie Deutsche Presse" - inzwischen die einzige Zeitung Deutschlands - ließ auf die "österreichischen Maßnahmen zum Schutze der Volksreinheit" Lobeshymnen regnen. Aus England, Frankreich und den anderen EG-Staaten vernahm man noch leise Kritik. Die USA sandten eine Protestnote. Der Vatikan erinnerte "das österreichische Volk an die christliche Nächstenliebe".

Viele unserer Freunde hatten schon das Land verlassen. An dem Tag, als meine Kammer fertig wurde, trat das "Gesetz zum Schutze der Nation" in Kraft. Betriebe mußten die "fremdländische Belegschaft" entlassen; "die

freiwerdenden Arbeitsplätze sind von Inländern zu besetzen", hieß es. Vor der Oper versammelten sich mehrere Tausend Menschen, um gegen die Maßnahmen zu demonstrieren. Die Exekutive trieb sie auseinander; Dutzende starben, Hunderte wurden verhaftet. Der Gewerkschaftspräsident appellierte an die Öffentlichkeit: "Genossen! Bewahrt Ruhe und Ordnung!"

Randalierende Jugendliche fielen über "fremdländisch" aussehende Menschen her, die Passanten standen dabei, klatschten Beifall und riefen "Österreich zuerst!" Ich resignierte. Nach

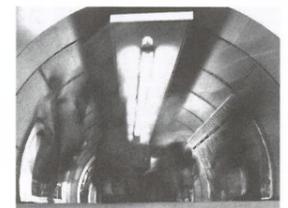
gegen die Regierung starten. Ihn zu verhaften wagten sie nicht, dafür war er zu bekannt. Wir verbrachten die Tage mit Grübeln. Aber wir wußten nicht, was wir tun sollten. Wenn er das Haus verließ, um zu sehen, was sich auf den Straßen tat, verzog ich mich in meine Kammer und hoffte, es würde ihm nichts geschehen. Nach deutschem Vorbild hatte die Regierung alle Zeitungen verboten; es gab nur noch die "Heimat" - so konnte man also nur auf der Straße Informationen sammeln. Aber auch das wurde immer gefährlicher. R. wagte es nicht mehr, sich mit seinen Freunden zu treffen. Er wollte sie nicht in Schwierigkeiten bringen. Er wußte auch nicht mehr, wem er noch trauen konnte. Nach einem seiner Spaziergänge erzählte er mir, daß sie auf dem Karlsplatz Bücher verbrennen würden. Wir schwiegen; nun wußten wir: Es war hoffnungslos, alles war verloren.

Eine junge Frau, eine Türkin, die noch vor dem Inkrafttreten der neuen Gesetze die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten hatte und nun - nach dem "Gesetz, welches die Namensgebung regelt" - Heidi Oberhuber hieß, hatte auf den Bundeskanzler drei Schüsse abge-

einer Krisensitzung mit R. zog ich mich in meine Kammer zurück. Eine Woche nach meinem Einzug in die Dunkelheit und Stille fand eine Hausdurchsuchung statt. Lethargisch kauerte ich still in meiner Ecke und hörte, wie sie R. zusammenschlugen. Dann war es still. Mir war, als ob eine Ewigkeit vergangen wäre, bis R. endlich die Tür öffnete. Das Blut floß ihm über das Gesicht. Sie hatten ihm zwei Rippen gebrochen. "Was sollen wir nur tun?", flüsterte ich.

Wenige Tage nach diesem Vorfall wurde die "Opposition" verboten. R. mußte seinen Paß abliefern. Er wurde beschattet. Sie wollten nicht, daß er das Land verließ, da sie fürchteten, er würde vom Ausland aus eine Kampagne

feuert. Leider war das Attentat mißlungen. Ihn wurde der Prozeß gemacht; der Staatsanwalt forderte "Tod durch Erhängen". (Die Todesstrafe war vor fünf Monaten wieder eingeführt worden!) Alle wußten schon jetzt um den Ausgang des Prozesses. Bei der



Urteilstvollstreckung - auf dem Heldenplatz! - wollte R. unbedingt dabei sein. Nach seiner Rückkehr erzählte er mir vom tosenden Beifall der Menge. "Was sollen wir nur tun?", flüsterte ich.

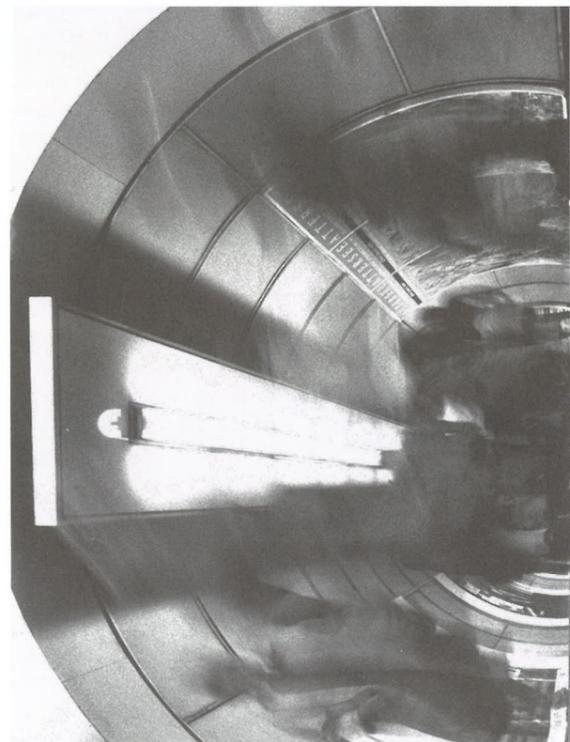
Gestern haben wir im Radio die Rede des Innenministers gehört: "Volk deutscher Zunge! Das Werk ist vollbracht: Österreich ist von allen fremdländischen Elementen gesäubert. Nun steht unserem sehnsüchtigsten Wunsch, der Vereinigung mit dem großen Vaterland Deutschland, nichts mehr im Wege!"

R. nimmt die Bücher Thomas Bernhards vom Regal, ich trage sie in meine Kammer. Er ist verboten worden,

er darf offiziell nur noch "Nestbeschmutzer" oder "vaterlandsloser Geselle" genannt werden. Die Wände des Arbeitszimmers werden immer lichter. "In der Kammer ist kaum noch Platz", sagt R., "wir werden den Rest wegwerfen müssen." Ich schüttelte verzweifelt den Kopf: "Nein, nicht die Bücher, nicht die Bücher...", stammele ich, bis mir die Ungeheuerlichkeit bewußt wird. Mein hysterisches Lachen raubt mir den Atem: "Ja, bring sie auf den Karlsplatz, bring sie zur öffentlichen Verbrennung. Nun gibt es ja keine Menschen mehr, die das Feuer nähren könnten!"

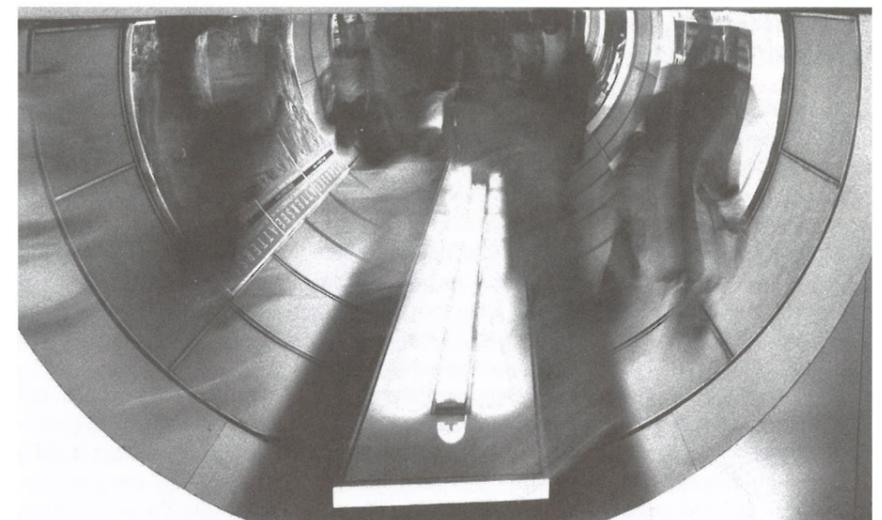
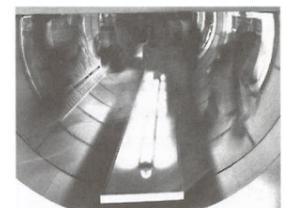
Seit sechs Monaten bin ich nun schon in meiner Kammer. Der Frühling hat begonnen. Ich sehne mich nach einem Spaziergang auf dem Wilhelminenberg. Ich will raus, ich will durch mein geliebtes Wien laufen, will die Düfte des Frühlings in mich saugen. "Dein Wien gibt es nicht mehr", sagt R. "Aber warum?", weine ich. Ich fühle, wie ich langsam wahnsinnig werde. "Aber warum?", weine ich, "Wien ist doch anders, nicht?"

"Ja", sagt R. und streicht mir durchs Haar, "Wien ist anders ..."



habe, daß eine derartig kritische Haltung nicht den Interessen des Landes diene, im Gegenteil, nur schade, stimmte ich dem Vorschlag von R., für mich eine geheime Kammer für den Ernstfall einzurichten, zu. Monatlang haben wir an der geheimen Kammer gebaut. Anfangs sträubte ich mich heftig ge-

gen. "Nur für den Ernstfall", bemerkte er trocken. Er hatte sich mit wichtigerem als meinen Wutanfällen herumzuschlagen: Täglich kamen die Herren von der Zensurbehörde in die Redaktion; meine Kolumne mußte abgesetzt werden, weil das neue Mediengesetz "Fremden" (auch ich gehörte zu den



## MÖRTELKÜBEL

# EIN PORTRÄT DER ROMNI UND WALD-PAULA SARKÖZI ERDBEEREN

von Gabriele Müller-Klomfar



Eine Handvoll Häuser, Felder, Menschen: Das ist Unterschützen im südlichen Burgenland. Etwas außerhalb der dörflichen Idylle drei weißgetünchte, kleine Häuschen: In den Beeten davor reifen Erbsen und Karotten, frischgewaschene Wäsche flattert im Wind.

„Früha sein mir gewesen so vü Zigeina do! Do, a Stückl weida unten, sein unsere Häusa g'standen“, deutet Paula Sarközi den Weg entlang. „Oba heit sein nur noch wir drei alten Frauen do. So vüle sein damals im KZ geblieben, und unsere Jungen heit sein alle gangen auf Wien.“

Sie spricht noch jenen singenden Dialekt, der wohl bald nicht mehr zu hören sein wird: Eine Mischung aus burgenländischem Zungenschlag und „Romanes“.

Rund 270 Jahre ist es her, daß die Grafen Paul und Christoph Batthiany ansiedlungswilligen Rom-Zigeunern mittels Schenkung Land zur Verfügung gestellt haben. Seither sind die Sarközis an der Unterschützener Peripherie ansässig.

Mit Vater, Mutter und neun Geschwistern (von denen einige selbst schon wieder Kinder hatten) hat Paula Sarközi hier ihre Jugend erlebt:

„Und wenn dann die Musiker kemmen sein, is alles g'lauten kemmen zu uns ins Zigeinerlager, weil die unseren so vül scheen g'spielt haben: guate Musiker, und keiner hat je a Noten g'lernt! A Dirndl von zwölf Jahr war i damals und sovül geniert hab i mi, wenn's mi ausseg'holt haben zu tanzen die Landler und Walzer. 'Ui, die Paula kann aber schön tanzen!' haben dann alle g'rufen. Jo, schön war's schon, mei Kindheit!“

Vor allem aber arbeitsreich; das Schultor blieb Zigeunerkindern ihrer Generation noch verschlossen: In den Schulen der „Gaije“ (Nichtzigeuner) waren sie nicht erwünscht und blieben Zeit ihres Lebens Analphabeten. So begann begann die zwölfjährige Paula, zum Unterhalt der Großfamilie beigetragen, ging Kartoffel klauen und „z'ruckarbeiten“ (das Brennholz für den Winter bei Bauern abarbeiten).

Dann kam Hitler und mit ihm der Exodus der Achtzehnjährigen samt Familie in die Vernichtungslager nationalsozialistischen Rassenwahns. Über fünf Jahre hat sie sich im KZ Ravensbrück (BRD) durchgeschlagen: aus aufgetrennten Pelzmänteln jüdischer Herkunft Handschuhe für die Frontsoldaten genäht; im Straßenbau geschaufelt; Furcht, Hunger, vor

allem aber Verlust kennengelernt, denn nur drei Mitglieder der siebenundzwanzigköpfigen Familie Sarközi haben überlebt.

Trockene Statistikzahlen können die erschreckenden Auswirkungen der rassehygienischen Maßnahmen im Dritten Reich verdeutlichen: Vor 1938 lebten rund 11.000 „Zigeuner“ auf österreichischem Boden: neben frei ziehenden Sinti und Roma vor allem rund 8.000 fest ansässige Burgenland-Roma, von denen nach Kriegsende nur noch knapp 1.200 am Leben waren!

So auch Paula Sarközi, die sich noch heute schwer tut, wenn sie von damals erzählen soll: Entsetzen und Trauer sitzen auch nach über fünfzig Jahren noch zu tief und schmerzen. Ihrer Natur gemäß kramt sie lieber in ihrem Gedächtnis nach den „guaten Menschen“, die dort ihren Weg gekreuzt haben: meist Mitläufer des Naziregimes, die sich noch einen Rest an Menschenachtung und Zivilcourage bewahrt hatten. Viele waren es aber nicht.

Kurz vor Kriegsende, mit der Überstellung ins Familienlager Lackenbach (Bgl.), erhaschte die dreiundzwanzigjährige Paula dann ein

Stückchen Leben: Ausgerechnet dort, wo soviel gestorben wurde, wurde sie Mutter!

„In Lackenbach waren Frauen und Männer und irgendwie bin i dann mit'n Vater von die Kinder z'sammkemmen. Aber nach'm Krieg hot er sich a andere g'nommen und später hob' i nimmer zu ihm z'ruckwollen!“

Nie vergessen wird sie die überstürzte Flucht aus dem KZ, als das Näherrücken der Alliierten das Kriegsende signalisierte: Mit dem 6 Monate alten Rudi am Arm und dem zweiten Kind schwanger, versteckte sie sich in den Wäldern; stets in Gefahr, von versprengten SS-Lern, die sich ebenfalls im Unterholz verkrochen hatten, entdeckt zu werden. Nie vergessen wird sie aber auch die Heimkehr nach Unterschützen: Die Häuser der Familie Sarközi waren verschwunden, als ob es sie nie gegeben hätte: „Ab'grissen sind's worden, kaum daß wir im Lager waren! Die meisten Leut'vom Dorf haben sich gar net g'freut, wie wir heimkemmen sein: Die haben uns vurher net mög'n und haben uns nachher net mög'n!“

Die Gemeinde sah sich gezwungen, ihre Voreiligkeit wiedergutzumachen und jene Häuschen zu errichten, die Paula und ihre Verwandten

noch heute bewohnen; knapp 30m<sup>2</sup> groß (ohne Wasser, Gas, Strom), mit minimalem Jahreszins und der Auflage, für die Erhaltung selbst aufzukommen.

Dieses Haus (Ironie des Schicksals), in dem Paula Sarközi schließlich ihre gleichnamige Tochter geboren hat, war das Haus der Schwester des ehemaligen burgenländischen Gauleiters Tobias Portschy, der im Sommer 1991 hochoffiziell und medienwirksam im Dunstkreis der FPÖ Burgenland von sich reden machte!

Gleich Paula Sarközi, stammt auch dieser zielstrebige Sproß einer kinderreichen Kleinbauernfamilie aus Unterschützen. Bereits 1938 zum Gauleiter befördert, hat er damals erst mit Denkschriften, dann aber weit effizienter mit einschlägigen Verordnungen das Schicksal der Sarközis und so vieler anderer besiegelt.

Als Kriegsverbrecher zu 15 Jahren Haft verurteilt, wollte Portschy in seinem Gnadengesuch an den Bundespräsidenten Körner im Jahre 1950 von den KZ-Greueln nichts mehr gewußt haben. Paula Sarközi und ihren Verwandten aber ist er als altbekanntes Gesicht über den Weg gelaufen – und das leider nicht nur im heimatlichen Unterschützen!

Doch nun zurück ins Jahr 1947, als Paula Sarközi und ihre beiden Kleinen endlich das eigene Häuschen beziehen konnten. Die Sorge um das Nötigste aber war damit noch lange nicht vorüber, denn die Arbeit war rar, und so wurde der Wald Paula Sarközis Lebensquelle und blieb es – bis vor wenigen Jahren.

„Jeden Tog bin i raus zum Schwammerlbrocken oder Beerensuachn! Den Kindern hob' i a Deck'n aufbroat und dann hab' i g'heidelt füa zwoa!“

Körbewise Heidelbeeren, Walderdbeeren oder Pilze, um sie gegen Lebensmittel und Kleidung zu tauschen oder im nahegelegenen Bad Tatzmannsdorf zu verkaufen, wo sie schließlich auf den Telnern der Kurgäste landeten. Und dann, als die Zeiten besser wurden, endlich die heißersehnte Beschäftigung im Baugewerbe: als „Meulterweib“ tagein und tagaus, leiterauf und leiterab Mörtelkübel schleppen und dadurch endlich samt Nachwuchs sozial versichert sein!

Paula Sarközi hat ihre Kinder allein großgezogen, das Risiko einer neuen Partnerschaft war ihr für alle Beteiligten zu groß.

„Guate Kinder sein's worden, meine zwoa! G'habt hamma net vül, aber in die Schul' haben's schon gehen können, net so wia bei uns damols!“

Rudi und „Pautscherl“ haben ihre eigenen Wege gemacht: Sie sind nach Wien gezogen, haben beide „Gaije“ geheiratet und ihre Mutter mit vier Enkeln und zwei Urenkeln zur „Baba“ gemacht.

„Viel hat uns die Mutter mitgegeben: die Liebe zur Natur, Eigeninitiative, Verantwortungsfühl und Verständnis für Schwächere“, meint ihr Sohn Rudolf Sarközi heute. Er selbst ist dieser Linie gefolgt und widmet seine Freizeit dem Engagement für Anerkennung und Imagekorrektur der Roma und Sinti in Österreich wie auch dem erst zaghaft sprießenden Selbstbewußtsein dieser Volksgruppe: Bis heute ist ihnen der Status als Minderheit noch nicht zuerkannt worden, oft genug müssen sie noch mit Diskriminierung und Ablehnung leben.

Viele von ihnen retten sich in die Assimilierung, ändern ihren Namen. Oder geben sich als Jugoslawen oder Per-

ser aus, um scheelen Blicken zu entgehen oder bessere Chancen im Leben zu haben.

„Des is schon guat, daß der Bua des mocht!“ meint Paula Sarközi. „Einer muß jo endlich den Mund aufmochn! Und es gibt jo wirklich koan Grund, warum wir uns immer und ewig verstecken soll'n!“ Die ehemalige Schwerarbeiterin Paula Sarközi muß heute schon leiser treten: Rheuma (ein KZ-Souvenir, das mittlerweile auch ihren Sohn plagt) nagt an ihren Knochen, und seit dem Gehirnschlag vor 10 Jahren wollen die Beine auch nicht mehr so richtig.

„Sieben Wochen bin ich damals im Spital g'legen! Und wie ich keimkemmen bin, sind's alle kemmen, die Leut' aus'm Dorf“, freut sie sich über die unerwartete Zuwendung der Gaije zur Zigeunerin: „Heut' glaub'ich, sie mög'n mich doch! Haben ja g'sehen, die ganzen Jahr' über, daß ich brav und fleißig war!“

Leicht war es nicht, ihren Anspruch auf die kleine Rente als lebende KZ-Insassin geltend zu machen: Ihrem in Jahrtausenden gewachsenen Image gemäß zieht so mancher Verantwortliche es heute vor, Zigeuner von vornherein als ehemals asoziale oder gar kriminelle KZ-Häftlinge einzustufen. Jeder einzelne der Betroffenen muß dann auf langwierigem Instanzenweg erst den Amtsschimmel zum Wiehern bringen, bis er endlich als „rassistisch verfolgt“ anerkannt wird.

Vielen von ihnen bleibt aber dieser Weg schon aufgrund ihres Analphabetismus verschlossen! Paula Sarközi hat mit Hilfe ihrer Kinder diesen bürokratischen Dschungel durchquert und hat heute ihr Auskommen. Ins Häuschen wurde investiert: Strom- und Wasseran-

schluß – mehr braucht sie nicht, wie sie meint.

Ob sie noch Wünsche und Träume hat auf ihre alten Tage'?

Als Antwort auf diese Frage fällt ihr ein, was ihre Schwägerin im Nachbarhaus letztsens gesagt hat: „Wenn i im Lotto g'winn, dann richt' ma unsem Herrgott schön her und machen a richtige Kapelle!“ „Is guat!“ hat die Paula lachend geantwortet: „Mach ma! Aber z'erst g'winn amal im Lotto!“

Der Herrgott der beiden steht vor dem Haus, mitten im Blumenbeet: eine verwitterte Muttergottesstatue, sorglich geschützt durch das Skelett eines alten Nachtkästchens; trotzdem hat die Farbe im Laufe der Jahrzehnte abzublättern begonnen: „Die hamma gleich aufg'stellt, wie ma aus'm Lager z'ruckkemmen sein. Damit olle Leit seh'n, daß auch mir Kinder Gottes sein!“

**Paula Sarközi ist am 24.6.1993 im Krankenhaus Oberwart verstorben.**

Dieses Porträt ist die geringfügig gekürzte Fassung des gleichnamigen Textes aus dem Buch:

**G. Müller-Klomfar/ D. Steiner/ R. Stiglitz, Seniorenlexikon:** Ein Ratgeber und Lesebuch für Senioren, Wien 1991 ; 465 Seiten, öS 298,-.

Das Buch ist noch im Eigenverlag erhältlich unter:

„Seniorenlexikon“  
Favoritenstr. 45/2/1/4  
1040 Wien  
Tel. 504 11 68.

**Gabriele Müller-Klomfar** ist zweifache alleinerziehende Mutter und (demzufolge auch hausbesorgende) Literatorin und freie Journalistin in Wien.

# DIE SPRACHE IST IN DER MINDERHEIT

von Kurt Höretzeder

## I.

**Die Sprache ist Leben,  
unser Leben und ihr Leben.**

Maurice Merleau-Ponty,  
Das Sichtbare und das Unsichtbare

Einem, dem die Sprache nicht sogleich als Werkzeug und Mittel zur Kommunikation erscheint, sondern als eines jener Phänomene, die immer den Grenzgang des Menschen zwischen den Welten des Verstehens und Nicht-mehr-Verstehens anzeigen; einem, der nicht glauben möchte, daß sich Sprache im Trennenden erschöpft, sondern der darin auch etwas alle Verschiedenheiten Verbindendes sieht – dem könnte sich das Thema *„Sprache und Minderheit“* durch jenes bedrückende Gefühl erschließen, daß die Sprache heute langsam selbst in die Minderheit gerät.

## II.

Wie kann *„die Sprache“* je in die Minderheit kommen? Jeder Mensch spricht doch, keiner hat es verlernt, und zumal Sprache und Schrift nahe zusammenstehen und heute so gut wie alle Menschen in Österreich lesen wie auch schreiben können, erscheint es mithin befremdlich, zu sagen, *„die Sprache“* sei in der Minderheit. Sprachbewandtnis und -kenntnis sind – im allgemeinen betrachtet – noch nie so weit verbreitet gewesen wie heute. Gewiß, so gesehen ist die Sprache nicht in der Minderheit. Dennoch, wir bleiben bei der Behauptung: *„Die Sprache ist in der Minderheit“*.

## III.

**Beschreib mir einen Ort!  
Wenn jeder Mensch das  
könnte, wäre Frieden.**

Peter Handke, Phantasien der  
Wiederholung

Sprache ist nicht ein aus Buchstaben, Wörtern und Sätzen geformtes logisches Gebäude, dessen Sinnhaftigkeit sich rein aus rational-logischem Fragen erschließen ließe. Auch besteht der *„Zweck“* der Sprache nicht einzig und allein in der Weise des Kommunizierens und Aussagens. Das Zitat von Maurice-Merleau-Ponty am Beginn besagt: *„Die Sprache ist Leben, unser Leben und ihr Leben.“* Bei genauem Hinhören steckt darin eine sehr radikale Kritik an der Vorstellung von Sprache, wie sie bei uns vorherrscht. Denn Sprache ist nicht nur *„unser“* Leben. Freilich ist es, wie es zunächst scheint, immer ein Mensch, der spricht. Insofern ist Sprache natürlich *„subjektiv“*. Doch ist sie nicht nur dies. Sprache hat auch *„ihr“* Leben, sie ist ungleich mehr, als unsere Vorstellung von der Sprache als *„subjektive“* Leistung des Menschen auszudrücken vermag. Ihre verschlungenen Wege sind Verbindungen zwischen dem Sichtbaren und Unsichtbaren. Das *„unsagbare“* Schweigen ist ebenso Sprache wie das in Buchstaben, Wörtern und Sätzen aufgehobene Sagbare. Manche Menschen leben in diesen Grenzländern der Sprache, in denen nicht sogleich an das instrumentelle Sender-Empfänger-Schema gedacht wird, zu dessen

Funktionieren man die Wörter wie Werkzeuge verwendet, sondern in denen auf die wundersamen Welten der Wörter und Sätze gehört wird, die sich in der Sprache aufspannen. Wer so die Sprache erfährt – und im Grunde verläßt sich jeder Mensch in seinem Sagen darauf, selbst wenn wir dies auch gar nicht mehr eigens schätzen –, denkt sie als etwas Wesentliches, als etwas, worin Eigenheiten und Verschiedenheiten ebenso aufgehoben sind wie auch das Gefühl, damit an irgendetwas *„Größeres“* Anteil zu nehmen.

So hat jedes Sprechen eines Menschen, jeder Dialekt und jedes Idiom einer Gruppe, jede Volkssprache etwas Wunderbares, etwas Eigenes, und dennoch verweist uns all jenes auch an einen größeren Zusammenhang, der im Erleben der Sprache deutlich wird. Dieses *„Erleben“* der Sprache hat in dem hier verstandenen Sinn eine ethische Dimension, die alle Menschen an ein Miteinanderleben erinnert, das seine bestimmenden Merkmale nicht allein aus dem Bereich des materiellen Lebens schöpft. Es gehört zu den bedrückenden Zügen unserer schnelllebigen, technisierten Zeit, daß diese Arten der sprachlichen Erfahrung von Welt immer mehr verdrängt werden. Wo vornehmlich der materielle Wohlstand mit seinen Verfahrensregeln zur Bestandsicherung des modernen Menschen die Spielregeln des Zusammenlebens bestimmt, werden andere Phä-

nomene, welche die Menschen durch alle Kulturen hindurch verbinden, verdrängt. Daran ändert auch der Übergang zur *„Freizeit“* und *„Erlebnissegesellschaft“*, zur *„postmodernen“* Industriegesellschaft nichts.

## IV.

Die Eigenheiten und Verschiedenheiten sprachlicher Identitäten kann nicht nur das abstrakte Gebilde *„Staat“* schützen, sondern es ist abseits aller politischen Fragen vor allem auch die Aufgabe der Minderheiten wie auch aller anderen Menschen, die Sprache selbst wieder schätzen zu lernen. Und dies hat mit *„Politik“* unmittelbar nur sehr wenig zu tun, sondern mit uns selbst. Wir sind immer mehr daran gewöhnt, am Beginn jedes Problems unsere eigene Verantwortung zu vergessen und sie an irgendeine *„abstrakte“* Instanz abzugeben. Gewiß hat dies auch seinen Platz, doch wichtiger als dieser Ruf nach dem Gesetzgeber ist jener, der sich an uns selbst richtet. Es ist janusköpfig, wenn man zum Fenster hinaus die sprachlichen Eigenheiten in der Politik verteidigt wissen will (und dies wollen im weitesten Sinn sowohl die *„Inländerfreundlichen“* als ihrerseits auch die *„ausländischen“* Minderheiten) und andererseits im Raum dahinter nichts dazu beigetragen wird, diese Eigenheiten wieder zu schätzen und weiterzugeben. Wer erzählt heute noch? Wohin verflüchtigte sich das mündliche Weitergeben von Überlieferungen, Märchen und Erzählungen? Vor allem

ist es die Mehrheit der Österreicher selbst, die den Verlust kultureller Identität befürchten, wo sie doch längst selbst nicht mehr wissen, was diese ist. Ihre *„sprachliche Identität“* ist Schein, selbst wenn sie sich noch so gewiß wähnt. Längst wurden die Eigenheiten unserer Sprache weitgehend durch die Welt der medial vermittelten, internationalen Kommunikation eingeebnet. Auch Minderheiten sind von diesem Prozeß nicht geschützt, denn es ist dies ein Vorgang, der zu den grundlegenden Phänomenen unserer modernen, fortschrittlichen Kultur zählt und der hier in der Behauptung zusammengefaßt wird: *„Die Sprache ist in der Minderheit.“*

## V.

Die Sprachwelten der Wissenschaft, der Politik und Geschäftswelt sind längst *„international“*, doch sind sie nicht *„multikulturell“*, sofern man darunter eine Kultur versteht, in der Eigenheiten bewahrt und nicht in grenzenloser Künstlichkeit und Gleichgültigkeit aufgelöst werden. Diese Entwicklung hält heute in alle Sprachen Einzug, gleich ob Sprache einer Mehrheit oder Minderheit. Wenn also gesagt wird, *„Die Sprache ist in der Minderheit“*, dann deutet dies auf einen tiefen Wandel des Menschen hin, dessen Zeichen in der Sprache deutlich sichtbar werden. Es ist ein kulturvernichtender Diskurs, der bis hinein in die Sphäre des Zwischenmenschlichen seine berechnenden Spuren legt und sprachliche Eigenheiten radikal beseitigt. Doch wäre es völlig verfehlt, daraus irgendwelche *„radikalen“* politischen Konsequenzen zu ziehen. Um die Sprache zu verteidigen, braucht man keine Kriege zu führen. Es genügt, ruhiger zu werden, gelassener, aufmerksamer. *„Jedoch*

*aus dem bis zum Überdruß Bekannten sendet die Sprache Klopfeichen. Irgend etwas regte sich darunter lebendig begraben“*, schreibt Botho Strauß in seinem Buch *„Beginnlosigkeit“*. Das ohnehin stets Lebendige braucht keine Waffen. Die Sprache lebt von selbst. Wir brauchen nur hinzuhören.

## VI.

**Die Sprache  
ist in der Minderheit**

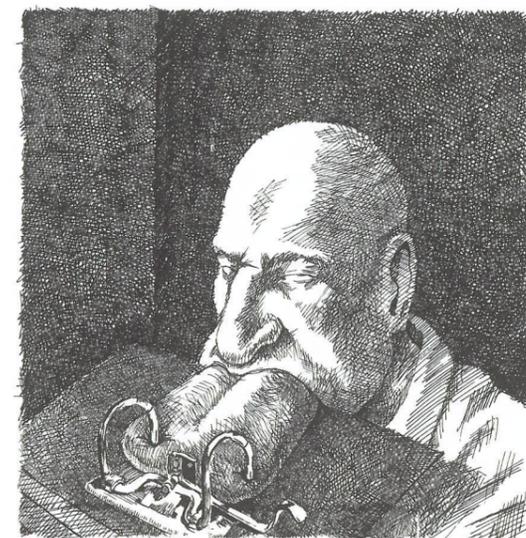
In Österreich lebende *„neue“* Minderheiten haben oft eine viel ausgeprägtere Erzähl- und Überlieferungstradition aus ihren Herkunftsländern mitgebracht, als dies bei uns gegenwärtig noch der Fall ist. Was wir heute in Österreich unsere Kindern lehren, ist nicht, die Dinge unmittelbar wahrzunehmen, Lebendiges zu sehen und zu achten, Imaginationen zu entwickeln, um schließlich darüber – wie sollte man es nennen, vielleicht *„vorsichtig“*, *„zärtlich“* – zu sprechen, sondern wir lehren sie – in der Schule wie zu Hause – eine abstrakte, kalte Welt, eine Welt der Notwendigkeiten und Sachzwänge, des Wettkampfes, des Wissens, welches Macht verspricht, eine Welt des Sprechens, die rein auf per-

formative Zwecke hin ausgerichtet ist. Es ist dies keine Welt der Sprache und des Wortes, keine Welt der einfachen Schönheiten und des Lebens, sondern eine technisierte, künstliche Welt, in der es selbstverständlich scheint, über Flüchtlinge, das heißt über Menschen, zu reden im Umweg über *„Quoten“* und *„Kontingente“*. Insofern viele in jener modernen Welt das Heil sehen und es dieser Glaube an das Heil ist, der Menschen dazu bewegt, zu uns in die *„entwickelten“* Staaten zu emigrieren, wäre es interessant, darüber zu diskutieren, wie sehr deren eigene, andere Kultur zugleich auch die Schattenseiten des Fortschritts und der materiellen Industriegesellschaft aufzeigen hilft. Fremdheit wird hier nicht aufgefaßt als Mangel an Anpassung und Vertrautheit, sondern als eine instinktive Distanz zu allem Neuen und Großartigen. *„Die Sprache ist in der Minderheit“* bedeutet für die Minderheiten ebenso wie für die Mehrheit, Irrwege und Blendungen des Fortschritts zu erkennen. Erstere, indem sie ihre Eigenheiten bewahren, letztere, indem sie in der Auseinandersetzung mit dem *„Fremden“* überhaupt wieder so etwas wie eine ei-

gene *„Identität“* ausbildet. *„Die Sprache ist in der Minderheit“* bedeutet, daß wir alle in einer gleichmachenden Zeit wieder das Verschiedene erfahren, und zwar nicht als Angst, sondern als Zeichen des Lebendigen und der Vielfalt.

Eine *„internationale Gesellschaft“* ist längst entstanden, und nun gilt es, daraus eine *„multikulturelle“* werden zu lassen. Vor allem gilt es für uns traditionell allem Fremden gegenüber abgeneigte Österreicher, dies nicht als Schreckensgespinn an die Wand zu malen, sondern als Bereicherung für eine Gesellschaft, die sich – selbst wenn man sie *„international“* und *„Modernem gegenüber aufgeschlossen“* nennt – in Farblosigkeit, Kälte und Anonymität ertränkt, die selbstgefällig, träge und gleichgültig wurde. Darin treffen sich die Ewiggestrigen mit den Yuppies von heute. War es früher das Resentiment der sich selbst überhebenden Rasse, so ist es heute der zur Mode gewordene Zeitgeist, der in seiner Gleichgültigkeit und Gleichmacherei das Verschiedene tilgt. Diesen alten wie neuen Unterdrückungsmechanismen das *„Andere Wort“* einzuflüstern, meint der Satz: *„Die Sprache ist in der Minderheit.“* Dies bleibt die wesentlichste Hoffnung an die andere, an die Gesellschaft der vielen Kulturen: daß in der Begegnung mit dem Anderen, mit fremden Kulturen und mit den Minderheiten das Eigene zuallererst wieder bedeutsam wird.

Kurt Höretzeder studiert Politikwissenschaft und Philosophie in Innsbruck, wo er derzeit an einer Diplomarbeit zu diesem Thema arbeitet.



# SCHWULSEIN von Manfred Häupl

## ODER WARUM ICH ES MIR GUT ÜBERLEGEN MUSS, IM ALLTAG EINEN MANN AUF OFFENER STRASSE ZU KÜSSEN

**H**aben Sie schon einmal zwei Männer Hand in Hand durch die Stadt gehen sehen? Haben Sie schon einmal beobachtet, daß sich zwei Männer auf der Straße küssen?

Zumindest in Innsbruck passiert das selten, sehr selten sogar. Nun, die meisten Männer besitzen eben nicht die südländische Emotionalität, die bereits einige Kilometer weiter in Richtung Italien anzutreffen ist.

Es ist zweifelsohne so, daß hierzulande sich küssende Männer ziemlich eindeutig als homosexuell eingestuft werden. Welche Folgen das nach sich zieht, möchte ich im folgenden schildern.

Es ist ein schöner Spätsommernachmittag in Innsbruck. Ich schlendere durch die Maria-Theresien-Straße (die Einkaufsstraße in Innsbruck). Einige Bekannte spazieren vorbei, man grüßt sich, redet ein bißchen miteinander. Plötzlich sehe ich auf der anderen Straßenseite Thomas, einen guten Freund von mir. Wir haben uns schon zwei, drei Wochen nicht gesehen. Ich winke ihm zu und überquere die Straße.

Doch nun beginnt es in meinem Kopf zu arbeiten. Wie war das noch mit Thomas? Eigentlich begrüßen wir uns immer mit Küßchen, aber wie sollen wir uns jetzt auf Innsbrucks Hauptstraße verhalten? Mir macht das doch nichts aus, hier auf offener Straße, oder vielleicht doch? Es könnten immerhin ein paar Bewohner meiner idyllischen Siedlung hier ihren Einkaufsbummel machen – wie die dann über mich und meine Eltern tratschen? Egal, das ist mir nun wirklich gleichgültig.

Ob Thomas das ebenfalls gleichgültig ist, weiß ich allerdings nicht. Schließlich könnten auch Bekannte von ihm in der Nähe sein. Als ich auf ihn zusteure, spüre ich schon diesen abwehrenden Blick. Küß mich jetzt bitte ja nicht! Sogleich glaube ich den Grund seiner Panik zu erkennen. Schräg hinter ihm geht ein gutaussehender junger Mann, der offensichtlich mit Thomas bekannt ist. Schnell spiele ich einige Möglichkeiten durch:

- a) Der junge Mann ist ebenfalls schwul, und es wäre ihm schrecklich peinlich, mit zwei anderen Schwulen auf der Straße gesehen zu werden.
- b) Der junge Mann ist nicht schwul; es bestünde dann aber die Gefahr, daß man ihn für schwul halten könnte, wenn er mit zwei Männern unterwegs ist, die sich zur Begrüßung küssen.
- c) Der junge Mann ist doch schwul, ist aber einer von denen, die glauben, Schwulsein sei Privatsache und man habe sich gefälligst anzupassen.

d) Der junge Mann ist schwul oder auch nicht schwul, jedenfalls weiß er von Thomas' Schwulsein noch nichts und soll das auf diese Art auch nicht erfahren.

Es gäbe sicher noch ein paar andere Möglichkeiten, aber so schnell fallen mir keine weiteren ein. Thomas steht nun direkt vor mir, und ich küsse ihn ... nicht! Einmal mehr hat die Rücksichtnahme auf die Gesellschaft, auf Freunde und auf was weiß ich alles mich dazu bewogen, meinen Gefühlen nicht nachzugeben.

Doch nun soll mir mal einer erklären, wie ich mein Verhalten optimal auf meine und auf andere Gefühlswelten abstimmen könnte. Da hat man sich doch jahrelang um eine schwule Identität bemüht, die von anderen, zumindest hinter vorgehaltener Hand, auch geschätzt wird, und dann muß man sich aus den diversesten Gründen wieder zurücknehmen. Wie soll sich denn die Gesellschaft jemals ändern, wenn Schwule weiterhin ihr Schwulsein privat leben und vor den allernormalsten gesellschaftlichen Ritualen (Begrüßungskuß etc.) davonlaufen?

Andererseits kann ich meine Freunde auch gut verstehen. Man kann schließlich keinen zwingen, die eigenen Vorstellungen von Schwulsein nachzuleben. Es ist für einen jungen Schwulen nun einmal nicht leicht, seine Identität zu entwickeln. Besonders nicht, wenn da ein gesellschaftsveränderungswilliger, selbstbewußter Schwuler den anderen bruta-

l zum Zwangscoming-out verhelfen will.

Man kann sich vorstellen, daß unter diesen Umständen ein schwules Alltagsleben nicht gerade leicht ist. Wo ist sie nur, die anonyme Großstadt, wo sich niemand auf der Straße umdreht, auch wenn jemand Purzelbäume schlägt? Jedenfalls nicht in Tirol. Andererseits glaube ich auch, daß viele Schwule mögliche Konsequenzen derartiger "Aktionen" total überschätzen. Sicher, Hand in Hand durch Innsbruck zu gehen oder sich auf der Straße zu küssen, ist nicht unbedingt ein angenehmes Gefühl (jajawohl, ich habe das schon öfters probiert). Zu viele Leute starren einen an, wie Schimpansen im Zoo.

Es ist aber auch nicht so, daß verbale oder sonstige Attacken zu fürchten wären, dafür sind die meisten dann doch zu feige oder vielleicht auch schon zu aufgeklärt. Möglicherweise ist es bereits "in", nichts gegen Schwule zu haben. Man ist doch ach so liberal. Nur, solange eine Mehrheit von homosexuell liebenden Männern unter dem Druck steht, sich anpassen zu müssen, um ja keine negativen Reaktionen heraufzubeschwören, nützt die ganze "Liberalität" und "Toleranz" herzlich wenig. Da müssen noch ganz andere Entwicklungsprozesse auf beiden Seiten durchlaufen werden. Toleranz allein ist uns zu wenig, Akzeptanz wäre gefragt.

**Manfred Häupl** ist BWL-Student, seit März 1992 Obmann der **HOSI-TIROL**

# EIN HAUS DER KULTUREN

## DAS WIENER INTERKULT THEATER GING IN DIE ZWEITE SAISON

**I**ch gehe mit meinem Theater zum Publikum!", beschloß in den achtziger Jahren **Aret Güzel Aleksanyan**, armenischer Theatermacher aus der Türkei, in bewährter Fo-Tradition und gründete das TÜ-Theater für türkischsprachige MigrantInnen als Zielpublikum.

Doch dieses Vorhaben erwies sich als äußerst mühsam und aufwendig, sodaß er bald eine überdachte Herberge suchte. Das Haus in der Fillgradergasse im 6. Wiener Bezirk befand sich gerade in Bau: Ein anderer Theaterliebhaber wollte dort seinen Traum von einem Theater für (damals) jugoslawische ZuschauerInnen verwirklichen. Also fanden sich **Aleksanyan** und **Miša Dimitrijević** in den Räumlichkeiten des neu entstandenen **YU-Theaters** zusammen.

Drei Stücke hat Aleksanyan in dem Haus mit seinem aus jungen LaienschauspielerInnen bestehenden Ensemble inszeniert – mit Erfolg: Die sog. "Gastarbeiter" erwiesen sich als genauso treue ZuschauerInnen wie die türkischsprachigen Studierenden. Nach dem Ausstieg seines Kollegen übernahm er die Leitung des Hauses allein – eine Herausforderung, deren Produkt das **Interkult Theater** darstellt, das seit Oktober '92 auf Hochbetrieb läuft. Seit her ist die Guckfensterbühne in der Fillgradergasse Schauplatz eines lebendigen Kunstschaffens.

"Ein kultureller Identitätsverlust ist gleichsam ein Verlust für eine pluralistische Gesellschaft", heißt es im Kon-

zept des Interkult Theaters: Daher rührt auch, daß "Auführungen von Autoren aus diesen Kulturkreisen, in der jeweiligen Landessprache, dargestellt durch SchauspielerInnen, die Angehörige der jeweiligen Volksgruppe sind", in der Programmgestaltung ein besonderer Stellenwert eingeräumt wird. So waren in der vergangenen Saison u.a. Aufführungen des **Theaters Transit** ("Da Tschusch wü nach Kaisermühl'n"), des bosnischen Kabarettisten **Ziyah Sokolović**, des **Roma-Theaters Romathan** (siehe STIMME-7) sowie des "Hausensembles" **TÜ-Theater** zu sehen. Tanz, Musik und Malerei erfüllen im Konzept des Interkult Theaters auch die "funktionalistische" Aufgabe, interkulturelle Kommunikation jenseits von Sprachbarrieren zu ermöglichen. Highlights der einheimischen Folk- und Ethnoszene wie **Lakis & Achwach**, **Lena Rothstein & Ensemble S.P.H.A.R.A.D.I.M.**, **Gojmić** u.a.; Lesungen und Liederabende in persischer, türkischer, armenischer, griechischer und deutscher (z.B. Brecht-Lieder mit **Judith Keller**) Sprache standen im Programm des Interkult Theaters. Jeden Dienstag ist ein Vormittag für Kinder und Jugendliche angesagt. Erwachsene kommen Mittwoch abends in den Genuß einer kritischen Filmauslese, die auf dem Spielplan der anderen Kinos selten zu finden ist. Auch Symposien und Buchpräsentationen hat das Theater seine Tore geöffnet.

"Das österreichische Publikum haben wir noch nicht



Das Interkult Theater: ein Mikrokosmos des gegenwärtigen Wien

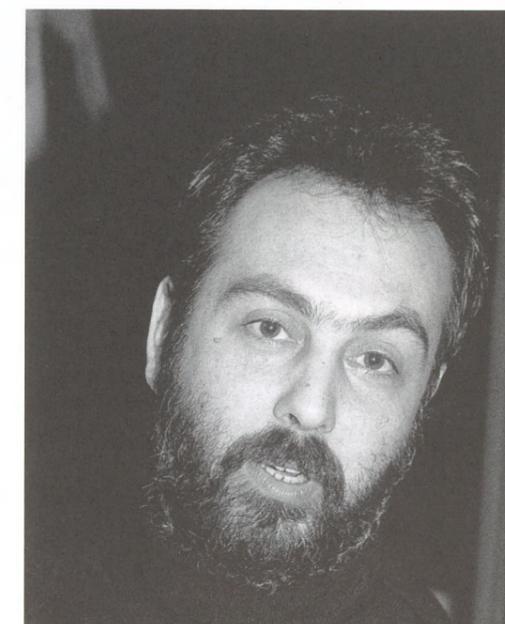
in zufriedenstellendem Maße erreicht", konstatiert Aleksanyan in seiner Bilanz über die erste Saison; doch darin liege ja auch die wesentliche Herausforderung. Das eigentliche Problem, das allen freien Theatergruppen und -häusern zu schaffen macht, sei finanzieller Natur. So hat das Team des Interkult Theaters am Sommeranfang um die weitere Existenz des Hauses bangen müssen, da das Budget für den Herbst zu knapp wurde. Dank der finanziellen Unterstützung des Bundes konnte diese Hürde doch genommen werden.

Die zweite Saison im Interkult Theater begann mit einem ebenso intensiven Programm wie in der ersten. Auf ein geplantes Projekt ist Aleksanyan besonders stolz: Im Zeichen des Minderheitenjahres 1994 will das Haus "Minderheiten-Kulturwochen" veranstalten, wo jeweils eine Woche einer (nicht nur autochthonen) ethnischen Minderheit Österreichs gewidmet sein wird. Das Besondere an dieser Veranstal-

tungsreihe liegt in ihrer Gestaltung: kritische Selbstdarstellung der Minderheiten statt eines "ethnologischen Voyeurismus".

Dieses Haus der Kulturen, ein Spiegelbild des gegenwärtigen Wien, stellt freien Gruppen eine Bühne zur Verfügung.

H.G.



Aret Güzel Aleksanyan stellt den freien Gruppen eine Kulturstätte zur Verfügung

## DIE "PLAPPERKISTE"

Christian Schreger, Lehrer an einer Wiener Volksschule mit überwiegend ausländischen Kindern, rief vor

fahrungswelt aus und stützen sich dabei auf ihren Wortschatz. Der Lehrer verbessert nur die größten Fehler, ohne

Leben zu Hause und in der Schule, erzählen Märchen, Träume, lustige Erlebnisse und "Weiterschreibgeschichten"; sie zeichnen Witze und helfen sich gegenseitig beim Übersetzen der Texte.

Den größten Erfolg der Zeitung sieht Schreger in der Aufwertung der Muttersprache: Sie hebt das Selbstbewußt-

sein der Kinder, welches

durch die Öffentlichkeit der Zeitung noch verstärkt wird.

Die "Plapperkiste" wird monatlich gemeinsam gestaltet und kann mittlerweile auch abonniert werden. Darüber hinaus hat sie bereits andere Schulen angeregt: Ein österreichweites "Kinderzeitungsnetz" ist im Entstehen.

Informationen bei:  
**Christian Schreger**  
Volksschule Lortzinggasse 2  
1140 Wien  
Tel/Fax: 0222/49 25 520



einem Jahr mit den Schülerinnen der dritten Klasse eine "andere" Kinderzeitung ins Leben: Anstatt über "Mirko und Svetlana" in Schulbüchern zu lernen, gehen die Kinder von der eigenen Er-

die kindlich-kreative Wortwahl und Satzstellung zu zerstören.

Die Kinder schreiben (türkisch, serbo-kroatisch, deutsch, manchmal auch polnisch oder englisch) über ihr

## SCHREIBWETTBEWERB IN ROMANES

Romanes ist die Sprache der Roma und hat ihre Wurzeln im Sanskrit. Es ist äußerst bemerkenswert, daß sich die Sprache, obwohl nur mündlich tradiert, als solche in den verschiedenen Dialekten erhalten hat. Viele der verschiedenen, in Österreich lebenden Romagruppen sprechen noch Romanes. Durch den teilweisen Geheimsprachencharakter, durch die Reduktion auf den Gebrauch innerhalb der Familie und durch das geringe Prestige ist diese Sprache jedoch in Österreich vom Aussterben bedroht.

Romanes wurde in Österreich noch nie als wertvolles Kulturgut betrachtet. Das hier vorgestellte Projekt möchte einen ungewöhnlichen Weg gehen und versuchen, die Verschriftung der Sprache der Roma zu fördern und ihr Prestige zu heben.

Der Verein **ROMANO CENTRO** ruft deshalb alle Roma auf, in ihrer Sprache zu schreiben, zu dichten, zu erzählen, zu singen. Der Wettbewerb wird in verschiede-

nen Literatur- und Textkategorien ausgeschrieben:

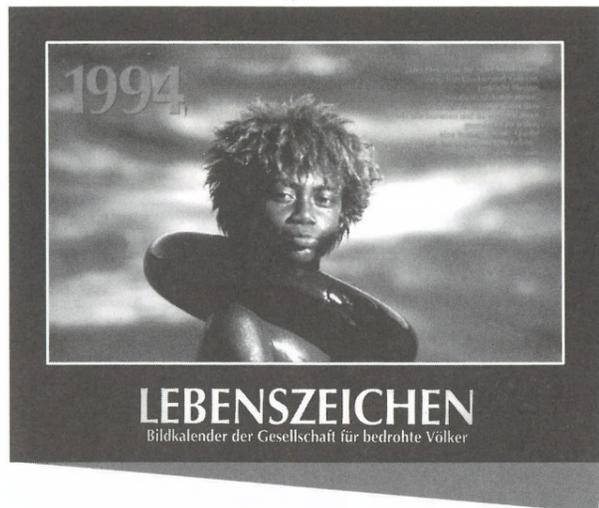
Lyrik, Prosa (Erzählungen, Kurzgeschichten, Biographien, auch Märchen), Lied, Kurzdramen.

Da insbesondere auch Jugendliche und Kinder angefragt werden sollen, in ihrer Sprache zu schreiben, werden auch Kindertexte akzeptiert. In diesem Bereich wird mit ausgewählten Lehrern, die Interesse bekundet haben, zusammengearbeitet.

Die Einreichung sollte schriftlich erfolgen. Falls dies nicht möglich ist, werden auch Kassettenaufnahmen akzeptiert. Der Umfang der eingereichten Werke muß aufgrund der notwendigen Bearbeitung beschränkt werden. Den Vorzug haben Erstlingswerke.

Beurteilt werden die Einsendungen von einer internationalen Jury, die die Texte ohne Namen der Autoren zugesandt bekommt.

Auskunft:  
**Verein ROMANO CENTRO**  
Schneidergasse 15/3  
1110 Wien. Tel: 749 63 36



### Großformatiger Farbbildkalender

Lebenszeichen 1994

Preis: öS 195,-

Damit soll keineswegs die „Schönheit“ von Völkern idealisiert werden, sondern auf die aktuelle Situation von Ethnien und die Durchsetzung ihrer Menschenrechte aufmerksam gemacht werden. Schwerpunktthema der Texte auf der Rückseite der Monatsblätter ist diesmal der „Eingeborenen“-Tourismus.

Bestellungen an:

**GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER**

Mariahilfer Straße 105/II/13, 1060 Wien

Tel.: 0222/597 11 76, FAX 0222/597 37 43.

Gratisversand für GfBV-Mitglieder!



## ROMA-AUSSTELLUNG IN KZ-GEDENKSTÄTTE MAUTHAUSEN

von Erika Thurner

KARL STOJKA ZEIGT "DIE ZWÖLF KREUZWEGE DER ROMA UND SINTI IM 3. REICH"

Am 9. September 1993 wurde in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen die Ausstellung des Roma-Malers Karl Stojka eröffnet.

In Baracke 1 (ehemalige Schreibstube des Lagers) demonstrieren die großformatigen Bilder das Leiden der "Zigeuner" in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Den Bilderzyklus "Die zwölf Kreuzwege der Roma und Sinti im 3. Reich" hat der Künstler eigens für diese Ausstellung gemalt. Die Gemälde zeigen sehr realistisch die Situation im KZ Mauthausen oder haben andere Verfolgungsorte und Verfolgungsinhalte zum Motiv. Ergänzende Texte beinhalten historische Fakten sowie persönliche Erinnerungen.

Zur Eröffnung sprachen **Ministerialrat DDR. Fischer** und **Ministerialrat Dr. Szymanski** als "Gastgeber" der Gedenkstätte. **Hofrat Hans Marsalek**, Sekretär der österreichischen Lagerschreiber, gedachte der "Zigeuner" im KZ Mauthausen. Einige hundert Sinti und Roma waren ab 1938 in dieses gefürchtete Lager verschleppt worden. Sie befanden sich in Transporten, die aus den KZs Dachau und Buchenwald kamen, oder wurden unmittelbar nach ihrer Verhaftung nach Mauthausen überstellt – unter ihnen zahlreiche Burgenland-Roma. Als sogenannte "Asoziale" mit dem schwarzen Winkel haben die

wenigsten diese Stätte des Grauens überlebt. Sie wurden auf der Todesstiege oder in anderen Arbeitskolonnen der "Vernichtung durch Arbeit" zugeführt.

Der Obmann des Kulturvereins österreichischer Roma, **Rudolf Sarközi**, thematisierte nicht nur die Verfolgung im Nationalsozialismus, sondern die bis in die jüngste Zeit heraufreichende Diskriminierung der Sinti/Roma in unserer Gesellschaft. Einen vorsichtigen Optimismus für eine Verbesserung der Situation in der Zukunft bezieht Sarközi aus der bevorstehenden Anerkennung der Roma als österreichische Volksgruppe. Die Schutzfunktion, die der österreichische Staat damit erstmals für die Roma übernehmen wird, läßt darauf hoffen, daß die Roma in Österreich nicht mehr als rechtloses Freiwild gejagt werden können.

In der abschließenden Rede führte **Karl Stojka** in seine Bilder ein, erinnerte sich an damals, an die Verhaftung seiner ganzen Familie. Die Mutter wurde 1943 mit allen sechs Kindern verhaftet und ins Zigeunerlager Auschwitz-Birkenau deportiert. Entgegen dem "Schicksal" der meisten Roma-Familien starb "nur" der jüngste Bruder, Os-

si. Die Mutter und alle fünf Kinder konnten überleben. Auch Karl Stojka, obwohl er damals erst zwölf Jahre alt war.

Sie hatten aber nicht nur den kleinen Bruder und an-

Dennoch hat er sich zum schmerzhaften Akt der Wiedererinnerung entschlossen – beim Malen und in seinen Erzählungen. Durch eindringliche und berührende Gedanken vermittelte er den AusstellungsbesucherInnen



– ergänzend zu den Bildern – eine Ahnung vom damaligen Grauen. Die Ausstellung ist bis zum 26. Oktober 1993, täglich von 10.00 bis 16.00 Uhr, geöffnet. Am letzten Tag – am Staatsfeiertag – wird Karl Stojka nochmals persönlich durch die Ausstellung führen.

**Univ.-Doz. Dr. Erika Thurner** ist Historikerin, derzeit am Institut für Politikwissenschaft der Universität Innsbruck.

# WELTREISE IN DER METROPOLE

Das Fotobuch "Fremdes Wien" von Lisl Ponger wurde in Wien präsentiert. Eine Reportage zur Entstehungsgeschichte des Buches und zum Thema "Fremde".

**A**nfänglich dachten wir an eine kurze Serie mit zwölf oder fünfzehn Folgen", erinnert sich Lisl Ponger, Fotografin und Filmemacherin, deren Fotos die langjährige Falter-Rubrik "Fremdes Wien" mitgestaltet haben. Parallel zu der Ausstellung in der Kunsthalle Exnergasse erschien nun die gleichnamige Buchfassung des Fotozyklus\*, welche am 19. September in der Remise im 2. Wiener Bezirk präsentiert wurde. Der Präsentation ging ein fünfstündiges Fest voraus, ein "multikulturelles" im wahrsten Sinne des Wortes: Auf sechs verschiedenen Bühnen traten "Kulturen" auf (daher mag es vielleicht auch rühren, daß die einzelnen KünstlerInnen auf dem Programmzettel nicht namentlich erwähnt wurden) – ägyptische Tänze lösten bei diesem Spektakel, das von 4.500 WienerInnen besucht wurde, griechische Tänze ab, während gleichzeitig kurdische Folklore zu bewundern war.

"Damals, im Februar 1991, als die Falter-Serie über die Bühne ging, war das Thema Fremde weder politisch noch medial so populär und salonfähig wie heute", betonte Ponger; man sprach damals zwar in alltäglichen Basenaplaudereien von "Kriminellen", von "Fremden", die ihre "eigenartigen" Lebensgewohnheiten hätten, aber erst die Wahlen im

Herbst 1991 machten aus Menschen den Gegenstand eines systematisch geführten wahlpolitischen, medialen und juristischen Diskurses. Die Künstlerin wußte schon damals um die Schwierigkeit ihres Unterfangens, dieser Stimmungsmache entgegenzutreten, ohne dabei den künstlerischen Blick einer politischen Botschaft unter dem Vorwand einer dokumentarischen Arbeit zu opfern – obwohl das Thema, wie sie betont, hoch politisch ist: "Fremdes Wien war eine Weltreise in Wien, die ohne den voyeuristischen Blick auskommen wollte. Mein Wunsch war es, festzuhalten, wie die – den meisten WienerInnen fremden – Welten dieser Menschen tatsächlich aussehen, wenn sie sich selbst präsentieren."

Lisl Ponger kennt die Fremde. Jahrelang ist sie in fremde Länder gereist, hat dort Momente des Lebens aufgezeichnet. In Mexiko hat sie lange Zeit gelebt. Die Weltreise jedoch, die sie mit "Fremdes Wien" unternahm, fand in Wien statt. Vor allem dort, wo die Fremden feierten, sich wohl und mit Heimweh doch zu Hause fühlten, sich durch ihre Veranstaltungen selbst präsentieren wollten, ließ Ponger ihre Kamera laufen. Fast zwei Jahre lang ging sie auf Veranstaltungen der "Ausländer". "Ich habe den Vorteil", stellt sie

fest, "daß ich mit diesen Menschen reden kann, weil ich – im Gegensatz zu den meisten hier – mit ihnen reden will." So fragte sie die Feiernden, ob ihre Anwesenheit mit der Kamera stören würde. Nein, hörte sie als Antwort; manchmal wurde sie sogar darum gebeten, die Spots auch nach der Aufnahme anzulassen, "weil's erst recht so schön hell ist, mit Ihren Lichtern".

Ponger hat keine Fotos gemacht, sondern einen Prozeß abgefilmt: Momente in fremden Welten. Dabei fungierte die Kamera, die im Gegensatz zum Objektiv ihr Objekt weniger dazu zwingt, sich zu verstellen, vielmehr wie eine Brille. "Ich glaube, der ganze Prozeß des Mitfeierns verlief ohne den ausbeuterischen Touch; die Kamera war eher eine Entschuldigung für meine Anwesenheit", sagt Ponger. Die von Walter Ecker-



mann geführten Interviews, welche dann im Originalton wiedergegeben wurden, bildeten die verbale Komponente der Serie aus, sodaß Fremde in zweierlei Art selbst zu Wort kommen konnten: in ihren Veranstaltungen und in ihren Sätzen. Das Buch enthält zusätzlich zu den Fotos

und O-Ton-Texten essayistisch verfaßte Informationen über die verschiedenen "Kulturen" und eine von der Künstlerin selbst zusammengestellte Tonreise-CD mit dem Titel "A Tourist in the Soundscape".

"Heute weiß ich vollständiger, was in Wien los ist", resümiert Lisl Ponger aus ihrer Arbeit; "ich habe neue Lebensformen kennengelernt, vor allem aber neue Menschen." Auf die unvermeidliche Frage, ob sie sich selbst in Wien fremd fühle, hat sie eine, wie sie sagt, "druckreife" Antwort: "Ich kenne mich gut aus in Wien; doch in Mexiko kam ich mir auch nicht fremd vor. Es mag zwar etwas eigenartig klingen, aber ich fühle mich nicht als Österreicherin, sondern als Wienerin." In dieser Stadt ist Lisl Ponger zu Hause – auch im Fremden Wien.

\* Lisl Ponger, Fremdes Wien. Mit Beiträgen von Ernst Schmiederer, Elfriede Jelinek, Walter Eckermann, Eva Ribarits und Tim Sharp. Klagenfurt/Celovec-Salzburg-Wien 1993: Wieser Verlag. 300 Seiten, Leinen gebunden, öS 698,-.

H.G.

von Anna  
Rakoš

# Kulturen Künste "FEST DER VÖLKER" AM 11./12. SEPTEMBER 1993

**S**trahlender Sonnenschein, der Duft von Spanferkeln, spielende Kinder, alte Frauen mit Kopftüchern, Herren mit Hut, junge Leute, die auf der Wiese liegen, peruanische Schmuckverkäufer, Informationsstände, Plaudereien mit den Tischnachbarn und dazu Musik aus den ehemaligen Ostblockländern – an die 13.000 Menschen genossen heuer das vom "Aktionsradius Augarten" organisierte "Fest der Völker" im Wiener Augartenpark.

Schon zum dritten Mal fällt diese Veranstaltung durch die außergewöhnliche Qualität der musikalischen Darbietungen sowie die angenehme Stimmung im Publikum auf. Sovornahmen manche mit Staunen noch nie zuvor gehörte Klänge aus Tuva/Sibirien: Der traditionelle "Obertongesang", bei dem ein Mensch zweistimmig singt, wird sowohl im Alltagsleben als auch bei spirituellen Festen praktiziert.

Außergewöhnlich waren neben den Folkloregruppen aus Rußland, Bulgarien und der Slowakei auch die MusikerInnen von "Kolinda" (Ungarn) und "Jablkon" (Tschechien): Beide Gruppen mischen Folkloreklänge mit Elementen des Jazz, der Klassik und der Popmusik. Während "Kolinda" aus der ungarischen "Zigeunermusik" durch ihre unkonventionellen Komposi-

tionen neue, leidenschaftliche Klänge – die manchmal irisch, spanisch oder jiddisch anmuten – hervorzaubert, steigert "Jablkon" seine Kreativität mit Musikinstrumenten und theatralischen Gesten aller Art bis ins Absurd-Köstliche: "Jablkon bedeutet: Begegnung von Georg Friedrich Händel mit dem Urmenschen. Blick in einen alten Eisenwarenladen. Bizarre Gefühle der Prager Straßen, durch die der brave Soldat Schwejk und Franz Kafka gingen. Quartett außer jeder Ordnung. Gitarren, die lachen, grunzen und schmatzen, sägen und manchmal plötzlich singen. Schlagzeuginstrumente und Percussion, deren ledigliche Benennungen sich wie ein surrealistisches Gedicht lesen: Schlüsselbunde, Luftpumpe, Geldbeutel mit Münzen, Fuß-Tamburin, Riesenschoten und Dutzende weiterer. Musik vom Theater -



den. Bizarre Gefühle der Prager Straßen, durch die der brave Soldat Schwejk und Franz Kafka gingen. Quartett außer jeder Ordnung. Gitarren, die lachen, grunzen und schmatzen, sägen und manchmal plötzlich singen. Schlagzeuginstrumente und Percussion, deren ledigliche Benennungen sich wie ein surrealistisches Gedicht lesen: Schlüsselbunde, Luftpumpe, Geldbeutel mit Münzen, Fuß-Tamburin, Riesenschoten und Dutzende weiterer. Musik vom Theater -



Theater voll von der Musik" (Selbstbeschreibung).

Einen weiteren Höhepunkt lieferte die in Ungarn wohl berühmteste Roma-Gruppe "Kalyi Jag" (Schwarzes Feuer). Sie spielt bis heute ausschließlich traditionelle Lieder, die nicht nur bei den eigenen, sondern auch bei anderen Roma-Familien auf Reisen durch ganz Ungarn gesammelt werden. "Kalyi Jag"

das "Fest der Völker" im Augarten auf dem Weg ist, sich zu einem beliebten Bestandteil der Wiener Volksfeste zu entwickeln – der Augarten selbst wird auf diese Weise langsam aus seiner Vergessenheit herausgeführt.

"Tanz und Gesang, Dichtung und Bräuche, Bücher und Filme, Bilder und Statuen, Sprüche und Gewand, Traumdeutungen und Sagen sind von



ist heute aber weit mehr als ein Ensemble mit traditionellem Repertoire. Mit ihrer Arbeit sind sie zum Kulminationspunkt für Roma-Identität und -Lebensform in Ungarn und weit darüber hinaus geworden ...

Aus Reaktionen und Gesprächen zeichnet sich ab, daß

Volk zu Volk wunderbar verschieden, weisen aber auf dasselbe Menschensein hin. Das alles kennenzulernen, ist der Sinn dieser Veranstaltung in Wien, einer Stadt, deren Größe sich aus Wurzeln nährt, die sich im Boden vieler Völker ausbreiten" (aus der Rede von Ivan Ivanji).

# KONSTANTIN WECKER: SAGE NEIN! POLITISCHE LIEDER 1977-1992.

Köln 1993: Kiepenheuer und Witsch

Ich gebe zu, ich bin ein Wecker-Fan. Deshalb habe ich mir auch dieses Buch gekauft. Ich wollte wissen: Wie ist die Wirkung von Konstantin Wecker, wenn man seine Stimme nicht hört, Wecker ohne Sexy-Timbre und Klavier? Und siehe da, ich bin fasziniert. Aber anders, als wenn ich ihn auf der Bühne erlebe. Er ist ein ausgezeichnete Interpret seiner Texte, sie sind auf ihn zugeschnitten (no na!), man kann Wecker und seine Texte nicht voneinander trennen, und ich weiß im Konzert nie genau, ob ich nun mehr von dem Mann, der Musik oder den Texten fasziniert bin. Nun hab' ich ihn in Papierform vor mir. Aber papieren ist das beileibe nicht, was ich da lese. Es mögen zwar vor allem Strategien des Marketings sein, die zu dieser Ausgabe seiner politischen Lieder geführt haben. Trotzdem bin ich froh, daß es dieses Buch gibt, denn ich habe hier ein politisches Manifest in Händen, das auch hält, wenn ich mir die Melodie und den Interpreten wegdenke. Ob es nun die Ballade von Willy, dem erschlagenen Antifaschisten (1977), oder die neue über den von Neo-Nazis zu Tode geprügelten Angolaner Antonio Amadeu Kiowa (1992) ist, alle diese Lieder sind ein poetisches Bekenntnis. Wecker bekennt sich zu den Minderheiten der Gesellschaft, zu den Schwachen, Verfolgten, den Non-Konformisten, den Alten, den Ausländern, den Antifaschisten, zur Friedensbewegung.

(Konstantin Wecker gehört nicht zum Personenkomitee der Initiative Minderheitenjahr, wir haben ihn nicht darum ge-

beten, weil wir uns auf österreichische Persönlichkeiten beschränkt haben. Schade, denn fast auf jeder Seite dieses Buches findet sich ein Motto oder ein Thema unseres Minderheitenjahres.)

1977 endete die Ballade vom Willy mit: "Gestern habns an Willy daschlogn und heit, heit, heit werd a be-grobn". 1992 ist das Ende der Ballade ein Aufruf: "... da muaß ma doch was doa, alle

*miteinander: Gestern habns an Amadeu daschlogn und heit, heit halt ma zsammm".*

Wecker sagt nein zu vielem, was in Politik und Gesellschaft passiert, aber er sagt auch ja, nämlich zur Allianz aller Ausgegrenzten, Diskriminierten und Schwachen.

Ursula Hemetek

# GUT, DASS ES DEN HERBERT GIBT SOLOKABARETT VON UND MIT REGINA HOFER

Vier Generationen von Frauen in drei verschiedenen Kulturen: Die Tschechin Olga, die in Verwirrung endet; Hilde, ihre Tochter, verpaßt das Leben als selbstlose Ehefrau; Iris, bereits die dritte Generation, findet ihr Glück nach Umwegen unter einem Kopftuch, das sie aus religiösen Gründen trägt, und Aisha, die Tochter von Iris, die vielleicht, als einzige von allen vier Angehörigen verschiedener Generationen, die Chance hat, eine eigenständige Frau zu werden.

Schauspielerinnen und Kabarettistinnen **Regina Hofer**, die bisher in verschiedenen Kleinkunststücken (**Andere Baustelle, Heut' Andere tanzt Lysistrate, Mohammed, Aufzug**) durch ihre Verwandlungskunst, ihr Einfühlungsvermögen und ihren unverwechselbaren Humor schauspielerische Glanzleistungen vollbracht, wartet nun im Wiener Spektakel auf. Sie übernimmt alle vier Rollen des von eigener Feder stammenden Stückes auf der Bühne, "weil Männer

*eine wichtige Rolle spielen, aber nicht greifbar sind, weil jeder Prinz so schnell zum Herbert wird".*

26. Oktober bis 6. November 1993 (außer So. und Mo.) jeweils 20 Uhr im **Spektakel** Hamburgerstr. 14, 1050 Wien. Kartenres.: 587 06 53



# Franjo Schruiff (Hg.): BRIDGES INSTEAD OF WALLS

BRÜCKEN STATT MAUERN  
Minderheiten in Zentraleuropa  
MOSTI NAMJESTO ZIDIN  
Manjune u centralnoj Europi

Jahrbuch der Jugend Europäischer  
Volksgruppen 1992-1993  
biblioteka kanice 4, 1993

MINORITIES IN CENTRAL EUROPE

"Bridges instead of Walls" enthält zahlreiche Beiträge, die nicht nur die Geschichte und Gegenwart der Minderheiten im Westen wie im Osten Europas dokumentieren; wissenschaftliche Analysen und Begriffsbestimmungen werden genauso angeboten wie Forderungen und Zukunftsperspektiven.

Während sich mehrere Beiträge mit Minderheiten in Mittel- und Osteuropa befassen, versucht **Jorgen Kühl**, eine verbindliche Definition ethnischer und nationaler Minderheiten auszuarbeiten; **Dinu C. Giurescu** geht den Voraussetzungen ethnischer Harmonie am Beispiel Rumäniens nach; **Alexander Langer** stellt der Politik des "ethnischen Exklusivismus" die Politik des Zusammenlebens als Alternative gegenüber. Er listet in diesem Zusammenhang die Chancen und Hindernisse auf, die der europäische Einigungsprozeß bietet und geht der Frage nach, was auf EG-Ebene künftig anders sein müßte.

Besonders informativ ist das von **Franjo Schruiff** geführte Interview mit **Bernhard Cathomas**, das gleichzeitig eine exemplarische Dokumentation der Politik von Minderheiten, im Gegensatz zu üblichen Bestandsaufnahmen staatlicher Politik gegenüber Minderheiten, am Beispiel der Rätoromanen darstellt. Die Schwerpunkte des Interviews bilden zum einen das Für und Wider einer – auf Konsens ausgerichteten – Politik der kleinen Schritte und des Territoria-

litätsprinzips in der Sprachpolitik. Territorialität als Leitprinzip zur Sicherung von Regionen als Sprachgebiete ist laut Cathomas der wichtigste von mehreren Grundsätzen einer konsequenten Sprachpolitik, deren Vor- und Nachteile in diesem Interview diskutiert werden. Cathomas betont, daß die "konsequente" Anwendung dieses Prinzips bedeutet, daß sich Mehrheiten im romanischen Sprachgebiet bezüglich des öffentlichen Sprachgebrauches anpassen müssen. Umgekehrt stellt sich das Problem, daß jene, die aus dem Stammgebiet der Rätoromanen abwandern – wie Schruiff treffend bemerkt –, von dieser Form der Sprachpolitik nicht profitieren können.

Ebenso zur Abwechslung analysiert der Beitrag von **Rainer Münz** unter anderem den Minderheiten- und den Mehrheitsstatus ein und derselben Bevölkerungsgruppe und deckt damit die Widersprüche in der offiziellen Politik am Beispiel Südtirols und Burgenlands auf. Sein Resümee lautet: "Österreich verweigerte den Minderheiten im Burgenland einen Großteil jener Rechte, die für die deutsche und ladinische Volksgruppe in Südtirol reklamiert und inzwischen durchgesetzt wurden" (S. 109).

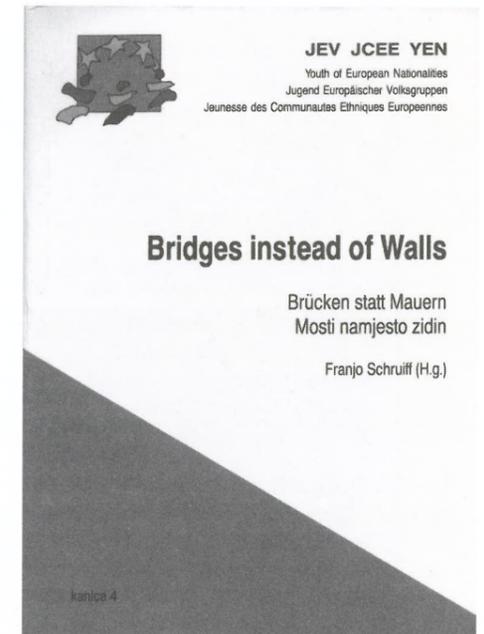
Ein anderer Widerspruch, der diesmal die Minderheiten selbst betrifft, bringt die Analyse von Modernisierungs- und nationalen Differenzierungsprozessen im Mitteleuropa bis 1918 zum Vorschein: **Andreas Moritsch** hinter-

fragt den Glauben an die dauerhafte Gültigkeit von Volk, Nation, Nationalität als oberstes Prinzip kollektiver Identität – mit Blick auf Vergangenheit und Zukunft europäischer Nationalstaaten. Auch wenn angesichts der gegenwärtigen Virulenz alterer Nationalismen der wiederholte Hinweis auf die relativ 'kurze' Geschichte von Nationalstaaten, auf ihre historische Bedingtheit und damit auf ihre mögliche Vergänglichkeit deplaziert erscheinen mag, bietet dieser auch von Moritsch gewählte Zugang die Möglichkeit, das Phänomen ethnisch-nationaler Minderheiten ebenso in ihrer historischen Bedingtheit zu analysieren.

Moritsch geht von der folgenden, für viele Vertreter und/oder Angehörige von Volksgruppen zugegebenermaßen recht provokanten These aus: "Volksgruppen im modernen Sinn gibt es erst, seit es Nationalstaaten gibt. Und seit es Volksgruppen gibt, müssen sie im Widerspruch zu sich selber leben. Dem nationalen Prinzip und dessen Idealform, dem Nationalstaat, entsprechend dürfte es sie gar nicht geben" (S. 137). Der von Moritsch angesprochene Widerspruch entsteht, sobald sich Minderheiten ebenso auf das nationale Prinzip berufen, das ethnische Vielfalt "im allerbesten Fall gerade noch duldet". Die Lösung dieses Dilemmas liegt nach Moritsch in der Reflexion und der Neubewertung der Funk-

tionality von Nationalität seitens der Volksgruppen, die damit auch eine "treibende Kraft bei der Entgrenzung des nach wie vor herrschenden nationalstaatlichen Bewußtseins sein" könnten (S. 138).

Bedenkt man jedoch die unüberbrückbar erscheinenden



de Kluft zwischen internationalen Vereinbarungen, Versprechungen, Absichtserklärungen, die den im selben Sammelband abgedruckten Auszügen aus offiziellen Schlußdokumenten der Kopenhagener (1990) und Moskauer (1991) KSZE-Konferenzen sowie dem Bericht des Genfer KSZE-Experten-treffens (1991) über nationale Minderheiten entnommen werden können, und der ▶

## Symposium:

Die Gesellschaft für politische Aufklärung und das Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes veranstalten am 26. November von 9-18 Uhr ein Symposium zum Thema **"Strategien gegen Rechts-extremismus"** im Festsaal des Alten Rathauses, Wipplingerstr. 8, 1010 Wien.

## Interkulturelle Frauengruppe:

Am 28. September gab es im Wiener Afro-Asiatischen Institut ein Treffen von Frauen, die mit Männern aus anderen Kulturen zusammenleben/verheiratet sind, um ihre spezielle Situation zu besprechen. Weitere zweiwöchige Treffen sind geplant. Informationen bei: S. Muhammed, Tel: 92 79 202

## Grätzfest:

**"Bei uns in da Gass'n"** – eine musikalische Begegnung zum Nationalfeiertag am 26. Oktober von 14-21 Uhr. Das Wiener Volksliedwerk organisiert ein multikulturelles Grätzfest am Fuße des Gallitzinberges mit **George Mulindwa** (trad. Musik aus Uganda), **Mehmet Emir** und **Kamer Güzel** (kurdische Musik), **Rotgoldtrio** (Österreich), u.a.

## Symposium "Minderheiten und Medien":

Die Kulturvereinigung KUGA ist eine Kulturinitiative im Burgenland, deren Anliegen es unter anderem auch ist, die Entwicklung der Volksgruppen sowie die Zweisprachigkeit in jenen Regionen, in denen diese leben, zu fördern. Vom 10. bis 12. Dezember veranstaltet sie ein Symposium in Großwarasdorf zum Thema **"Minderheiten und Medien zwischen Isolation, Integration und Funkstille. Eine Standortbestimmung."** Information und Anmeldung bei KUGA, Tel: 02614/ 2782

## Festival:

Die Internationale Gesellschaft für Musikethnologische Forschung und Schule für altorientalische Musik- und Kunsttherapie organisiert unter dem Motto **"Friedensbrücke"** eine Konzerttournee durch Europa: Zwölf Musikgruppen aus Kasachstan, dem Altai Gebiet, Aserbeidschan, Tatarstan, Jarkuzien, der Idil-Ural und uigurischen Region sowie Indien, Venezuela, Österreich und Türkei wollen mit ihrer Musik ein Klima des Friedens zwischen den Menschen schaffen. Zu Beginn jedes Konzerts ist ein kurzes Symposium zum Thema **"Frieden durch Kultur"** und **"Ökologie des Hörens"** geplant.

In Österreich findet das Festival am 4. November in Villach (Arbeiterkammersaal, Kaiser Josephstraße, 20 Uhr), am 5. November in Kufstein (Stadtsaal, 20 Uhr), am 6. und 7. November in Wien (Minoritenkirche, 20 Uhr bzw. 16 Uhr) und am 8. November in Krems (Stadtsaal, 19 Uhr) statt.

## Garmen Ost:

Eine theatrale **"Zigeunercarmen"** mit Live Musik, Gesang und Dichtung polnischer, russischer und österreichischer Roma. Vom 27. bis 30. Oktober sowie 2. bis 5. November um 20 Uhr im Hotel Hospiz, Kenyongasse 15, 1070 Wien.

## Kongress:

**Volksgruppen in Europa – Freiheit in Vielfalt.** Eine Veranstaltung des Landes Kärnten am 5. und 6. November im Hotel Schönruh, Drollobach am Faakersee, Kärnten (Anmeldung erforderlich).

## Regionale Medien:

Die ARGE Region Kultur lädt zur Präsentation regionaler Kleinverlage, Zeitungen und Kalender am 10. und 11. Dezember im Kunsthause Horn, Wiener Straße 2, 3580 Horn ein. Anmeldungen unter Tel: 02982/47 11.

► nahezu aussichtslosen Lage beispielsweise von Kosovo-Albanern, über die **Peter Gstettner** und **Marjan Sturm** berichten (S.294-317), wird eines deutlich: Trotz bzw. gerade wegen des von Moritsch trefflich analysierten Dilemmas ist der Kampf um den Schutz von Minderheiten begründeter und dringender wie nie zuvor –vielleicht mit dem neuen Ziel der Überwindung des nationalen Prinzips für Mehrheiten und Minderheiten ... Dies könnte zum postnationalen, gegebenenfalls jedoch zu einem produktiven Dilemma für die

Minderheiten werden, sollte künftig die Ent-Nationalisierung gesellschaftlichen Zusammenlebens ein ebenbürtiges Anliegen für sie darstellen wie der Einsatz für die Zukunft der eigenen Volksgruppe.

Noch ist eine solche Vision mehr als Luxus. Nicht nur für jene, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer Minderheit um das nackte Überleben kämpfen, sondern auch für uns alle, die Bücher über sie lesen.

Dilek Çınar



## JÜDISCHE KULTUR IN WIEN

Lena Rothstein & Ensemble S.P.H.A.R.A.D.I.M präsentieren ihre neue CD und ihr neues Herbstprogramm

Materialien aus der zum Teil noch unveröffentlichten Liedersammlung der Hebräischen Universität Jerusalem und von Radio KOL Israel sowie Texte und Liedern in Israel lebenden spaniolisch-jüdischen Familien brachte **Lena Rothstein** von ihrer letzten Israel-Reise mit, die sie gemeinsam mit ihrem Ensemble bearbeitet hat: **«como la rosa»** ist der Titel des Herbstprogramms, das **Lena Rothstein & Ensemble S.P.H.A.R.A.D.I.M** mit einer Konzertreihe vom 20. bis 28. November im Wiener Aera starten. **«como la rosa»** ist auch der Titel der

neuen CD, die im Rahmen dieser Konzertreihe präsentiert wird. Sie stellt die Fortsetzung des musikalischen Dialogs von Lena Rothstein & Ensemble S.P.H.A.R.A.D.I.M mit der Welt der spaniolischen Juden (**Sefarden**) dar, den die Sängerin und ihre Gruppe seit fünf Jahren durch zahlreiche Konzerte sowohl hierzulande als auch in ganz Europa und in Israel führen.

20. bis 28. November 1993, jeweils 20 Uhr im **AERA**, Bühne im Textilviertel, Gonzagagasse 11, 1010 Wien. Kartenres.: 533 53 14

# 1994 minderheitenjahr 1994 minderheitenjahr

## NEUES VON DER INITIATIVE MINDERHEITENJAHR

Das Büro Wien ist neu besetzt. Wir stellen vor: **Anna Rakoš**, Ethnologin mit zusätzlicher Ausbildung in kulturellem Management, spricht mehrere Fremdsprachen und ist in kürzester Zeit durch ihr Engagement, ihre Schnelligkeit und Kompetenz unersetzlich geworden.

## PR, Pressekonferenz Kärnten

Wir nahmen die ruhigere Sommerzeit als Gelegenheit wahr, eine Presseausendung des Handbuches **"Weg zu Minderheiten in Österreich"** durchzuführen. Die Reaktionen waren einerseits erfreulich, es gab positive Kritiken in zahlreichen Medien und wir fanden uns auch in der Bestsellerliste des Kurier. Die IMJ war zu Gast in **"Von Tag zu Tag"** und in Blue Danube Radio. Weniger erfreulich war der durch den Kärntner Heimatdienst in Kärnten ausgelöste Medienwirbel. Die Seiten 123 (**Kärntner Slowenen**) und 113 (**Homosexuelle**) des Handbuches wurden zum Anlaß genommen, unser Buch zu diffamieren, ohne die Zielrichtung und die Gesamtheit des Werkes wahrzunehmen. Uschi Hemetek, Michael Oertl und Mirko Wakounig nahmen am 31.8.1993 in einer sehr gut besuchten Pressekonferenz in Klagenfurt Stellung zu den Anschuldigungen. Es konnten einige Mißverständnisse ausgeräumt werden und es wurden Korrekturen in der Neuauflage angekündigt. Die unverhältnismäßig große Aufregung scheint aber doch eher auf die in Kärnten für manche politischen Gruppierungen bestehenden Feindbilder **"Slowenen"** und

**"Wien"** zurückzuführen zu sein. Es war unübersehbar, daß die IMJ in ihrer zukünftigen politischen Arbeit um Polarisierungen nicht herumkommen wird.

## Präsentation der IMJ bei Veranstaltungen

In Wien war die IMJ sowohl beim **"Volksfest"** als auch beim **"Fest der Völker"** im September vertreten (Anna Rakoš). In Linz präsentierten wir uns bei einem Projekt im Rahmen der Linzer Begegnungstage am **"Tag der Minderheiten"** (Michael Oertl). Die Junge SPÖ Graz stellte mit unserer Beratung ihre Landeskonferenz der jungen Generation unter das Motto **"Minderheiten"**. Am 2. Oktober waren wir an Ort und Stelle vertreten (Herman Hemetek).

## Die IMJ und der Europarat:

Mirko Wakounig stellte beim Arbeitskreis für ver-

trauensbildende Maßnahmen die IMJ vor und fand großen Anklang. Unser österreichisches Minderheitenjahr könnte Vorbildcharakter für andere Länder haben. Wir haben sowohl um das Label des Europarats ersucht als auch ein Projekt **"Minderheiten verschaffen sich Gehör - Beispiel Österreich"** eingereicht (siehe Interview mit Dr. Leuprecht).

## Eigene Veranstaltungen:

**"Ohrenschmaus"** am 16. Oktober in Innsbruck im Kulturgasthaus Bierstindl versuchte erfolgreich musikalische und kulinarische Völkerverbindung auf neue Art.

## Generalversammlung und Symposium in Wien, 23. Oktober, 10<sup>00</sup> bis 20<sup>00</sup> im Afro-Asiatischen Institut:

Das Minderheitenjahr ist nun in sehr greifbare Nähe gerückt. Nur mehr 3 Monate trennen uns von 1994, und

es ist an der Zeit, einen genauen Plan unserer eigenen Aktivitäten, unter Verwendung der vielen Ideen des vergangenen Symposiums (26.6.1993), die bereits im Rundbrief zu lesen waren, endgültig zu fixieren. Auch die politischen Ziele unserer Initiative müssen nochmals grundsätzlich diskutiert und festgelegt werden. Denn am 3.11.1993 um 10 Uhr 30 geben wir in Wien, im Presseclub Concordia, eine Pressekonferenz zum Minderheitenjahr. Für das Podium konnten André Heller und Dr. Peter Huemer als Mitglieder unseres Personenkomitees gewonnen werden. Weiters wird die Initiative natürlich durch Angehörige von Minderheiten vertreten sein. Wir bitten alle Aktivisten und Interessierten um zahlreiches Erscheinen.

Uschi Hemetek

Meine/unsere Adresse/Name/n ist/sind unrichtig/wird/werden sich in Kürze ändern:

Meine/unsere richtige/neue Adresse lautet:

Vorname – Familienname

Straße – Nummer

Postleitzahl – Ort

Neue Adresse ab: .....

**Initiative Minderheitenjahr**  
**Klostergasse 6/3**  
**A-6020 Innsbruck**

**Vielen Dank für Ihre Mühe!**

Impressum:

M., H., V.: Bürgerinitiative Demokratisches Leben  
Erscheinungsort Innsbruck, Verlagspostamt A-6020 Innsbruck

P.b.b. Bürgerinitiative Demokratisches Leben Nr.: 17/93

Rücksendeadresse: Initiative Minderheitenjahr

Klostergasse 6, 6020 Innsbruck

